

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für die Redaktion: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. W. Schmidt & Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Poststraße 49, Bernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: St. Willingstr. 8. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 941.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.80 Mk. In der Expedition und den Anzeigenstellen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 inkl. Postgeb. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die sechsheftige Beilage 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamt 20 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 291.

Nr. 14.

Magdeburg, Donnerstag den 17. Januar 1907.

18. Jahrgang.

## Parteigenossen!

Von den verschiedensten Seiten wird uns berichtet, daß die Gegner für den 25. Januar den Schlepperdienst in der umfanglichsten Weise organisieren und damit hoffen, uns eine Anzahl Wahlkreise zu entreißen. Auch ein Teil der Behörden scheint hinter dieser Maßnahme zu stehen.

Wir machen Euch auf dieses Vorgehen aufmerksam und fordern Euch auf, die entsprechenden Gegenmaßnahmen unverzüglich zu treffen, mehr noch als früher. Verlangt Abschrift der Wählerlisten, soweit es noch nicht geschehen ist — auf die Kosten darf es nicht ankommen — und organisiert die Heranholung der Gleichgültigen und Säumnigen. Nur keine Einlassung, als hätten wir den Sieg in der Tasche. Auch in den sichersten Wahlkreisen müssen wir so kämpfen, als hätten wir dieselben erst zu erobern. Vor allen Dingen müssen wir eine große Stimmenzahl auf unsre Kandidaten vereinigen.

Wer von Euch am Wahltag die Arbeit niederlegen kann, der tue es und stelle sich rechtzeitig dem Wahlkomitee für die Arbeit am Wahltag zur Verfügung.

Aber am Mittag des Wahltages verläßt die Werkstätten, die Fabriken, die Bauten und alle Orte, wo Ihr tätig seid, und marschieret in Massen an die Wahlurnen. Verständigt Euch darüber mit den Unternehmern.

Stellt Euch allesamt von der Mittagstunde ab den Wahlkomitees für die Wahlarbeit zur Verfügung. Der 25. Januar muß ein Wahltag werden, wie das Reich noch keinen hatte. Die Gegner setzen alles daran, um unsre Erfolge zu verkleinern.

Vertreter der Aristokratie und Bankokratie erlassen Aufrufe zu Geldsammlungen, um uns, die verhasste Sozialdemokratie, zu bekämpfen. Die Großindustriellen verpflichten sich, nach der Kopfzahl der bei Ihnen beschäftigten Arbeiter an die Wahlkassen Gelder abzuliefern. Die Furcht vor uns zwingt sie zur „Opferwilligkeit“.

Der Direktor des Kolonialamts, Herr Dernburg, trägt das Sturmfähnlein voran und hält eine Agitationsrede nach der andern, in denen er Phantasiegemälde von den angeblichen Möglichkeiten in den deutschen Kolonien entwirft, daß allen Sachkennern die Haare zu Berge stehen. Seine Reden lesen sich wie Prospekte, die Leichtgläubige zu gewagten Gründungen herantockten sollen.

Parteigenossen! Als Herr Dernburg noch Direktor der Darmstädter Bank und Direktions- und Aufsichtsratsmitglied in zahlreichen andern Bank- und Industrieunternehmen war, waren die deutschen Kolonien ihm Sekuba. Damals hat er sich nicht um sie bekümmert und er hat wohl keine einzige der von ihm und seinen Freunden kommandierten Millionen für die Kolonien riskiert.

Seitdem er aber Kolonialdirektor geworden ist, ist die Erleuchtung über ihn gekommen. Bei ihm heißt es nicht nur: wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand, sondern dem gibt er auch die nötige Phantasie, um selbst die Märchen aus Tausend und eine Nacht zu übertrumpfen.

Als das jüdische Volk, wie die Sage erzählt, Ägypten verließ und in der Wüste wanderte und Gefahr lief, zu verdursten, schlug Moses an einen Felsen, woraus eine Quelle sprang und Menschen und Vieh rettete. Das war ein Wunder. Als die Deutschen nach Südwest-Afrika zogen, um zu kolonisieren, entdeckten sie, daß es keinen Baum dort gab, dessen Blätter ihnen Schatten spendeten und dessen Früchte sie statt des fehlenden Wassers labten. Und siehe da, es wollte der Zufall, daß ein Rißchen vertrockneter Datteln verloren ging und, was niemand geahnt und für möglich gehalten, geschah: in der dürren Steppe Südwest-Afrikas schossen drei Meter hohe Dattelpalmen auf und fingen sogar an, Früchte zu tragen. Das ist auch ein Wunder. So haben wir nach Herrn Dernburg alle Aussicht, in Südwest-Afrika künftig unter Dattelpalmen zu wandeln.

Und deutsche Professoren, die sich mit Vorliebe die geistige Leibgarde der Hohenzollern nennen, vernehmen diese Mär und brechen in ein Jubelgeschrei aus, wie man es nie von ihnen gehört. Das ist für den, der die deutschen Professoren kennt, kein Wunder!

Diese selbigen Professoren aber schwiegen, als im letzten Frühjahr das preussische Dreiklassenparlament, und zwar Nationalliberale und Konservative im holden Verein mit dem fest von ihnen so wütend bekämpften Zentrum, dem preussischen Volke die Schmach antat, dem Schulgesetzentwurf, den das stöckreaktionäre Kultusministerium unter Zustimmung des Ministerpräsidenten Fürst Bülow vorgelegt hatte, mit großer Mehrheit zuzustimmen.

Das sind die Repräsentanten der geistigen Blüte der Nation, die sich von Herrn Dernburg für seine Kolonialpolitik einfangen ließen.

Herr Dernburg phantasierte auch von der Unterbringung des deutschen Bevölkerungüberschusses in den Kolonien, obgleich er so gut wie jeder von uns weiß, daß die Zahl der Deutschen, die in den Kolonien dauernd leben kann, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung Deutschlands eine winzige ist und wir auf absehbare Zeit überhaupt keine Ueberschüßung haben werden.

Wir haben in Deutschland nicht zuviel, sondern zuwenig arbeitsfähige Bevölkerung, wie die Hunderttausende ausländischer Arbeiter zeigen, die unsre „patriotischen“ Unternehmer mit der Absicht in Deutschland einzuführen, sie als Lohnrücker zu verwenden, wozu nächstens noch die von den ostelbischen Agrariern ersehnten Kulis kommen werden.

Im Jahre 1881, als Deutschland erst 46 $\frac{3}{4}$  Millionen Einwohner zählte, wanderten 210547 Deutsche ins Ausland. 1905, als Deutschland 60 600 000 Einwohner zählte, war die Zahl der Auswanderer nur noch 28075, von denen 26 005 nach den Vereinigten Staaten und ganze 57 nach dem großen Afrika wanderten, von dem unsre Hauptkolonie, das Dernburgsche Dorado, einen Teil bildet.

Wäre, wie Herr Dernburg behauptet, in Deutschland Ueberschüßung vorhanden, dann hätten, an der Auswanderung von 1881 gemessen, im Jahre 1906 nicht 28075, sondern mindestens 270 000 Personen auswandern müssen.

Wir haben in Deutschland noch über 4 Millionen Hektar Moor- und Inland, das mit Aufwendung entsprechender Mittel in Acker- und Gartenland verwandelt werden könnte, auf dem 400 000 Bauernfamilien mit à 10 Hektar Land = 40 Morgen, oder 40 000 Ackerbaugenossenschaften à 100 Hektar Land, angesiedelt werden könnten. Und das Reich würde hierbei seine Aufwendungskosten bei Heller und Pfening und mit Zins zurückerstattet erhalten.

So beugen wir in dieser Agitation Widersprüchen über Widersprüchen, was aber auch die 1600 Angehörige der Berliner Bank- und Industrievertreter, vor denen Herr Dernburg vor einigen Tagen seiner Phantasie die Zügel schießen ließ, nicht abhielt, in Jubelstürme auszubrechen, obgleich auch diese Herren, die Tausende von Millionen Kapital hinter sich haben, sich hüteten einen Teil ihrer Millionen für die Dernburgsche Kolonialpolitik zur Verfügung zu stellen. Keiner kritisierte, aber keiner unterstützte auch mit seinem Gelde die Dernburgschen Pläne.

Parteigenossen! Benützt die Spanne Zeit bis zum Wahltag, um solche Vorgänge, die stark an Demagogie grenzen, zu brandmarken und den Wählern die ganze Hohlheit solcher Schilderungen zu zeigen.

Aristokratie, Bankokratie und industrielle und handeltreibende Bourgeoisie vereinigen sich, um ihren Todfeind, die Sozialdemokratie, zu bekämpfen. Doch sie werden mit uns nicht fertig. Aber daß diese Schichten, in deren Taschen hauptsächlich die 30 000 Millionen Mark geflossen sind, um die, nach Dernburg, das deutsche Volk in den letzten 20 Jahren reicher geworden sei, sich bereit erklären, einen größeren Teil der gewaltigen Opfer in Form direkter Steuern zu tragen, davon hört man kein Wort. Statt dessen haben sie durch ihre Vertreter im Reichstag diese Opfer in Form von indirekten Steuern und Zöllen auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse der Masse auferlegt. Diese Vertreter der fatten Tugend und zahlungsfähigen Moral sitzen auf ihren Milliarden und verlangen, daß das arbeitende Volk auch weiter hauptsächlich die Opfer trage, die ihre Militär-, Kolonial- und Flottenpolitik ihm auferlegt.

Parteigenossen! Bringt es den Massen immer wieder ins Gedächtnis: es handelt sich bei den bevorstehenden Wahlen nicht bloß um die Kolonialpolitik und erhöhte Ausgaben hierfür; es handelt sich auch um neue Militär- und Flotten- und namentlich auch um neue Steuervorlagen; es handelt sich weiter darum, daß die Politik der Fleisch- und Lebensmittelverteuerung Trumpf bleibt, daß die nichtagrarische Bevölkerung zugunsten der agrarischen geschöpft und geplündert wird; es handelt sich endlich um die Frage: ob dem deutschen Volke das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erhalten bleiben soll oder nicht; ob Deutschland fortfahren soll, durch seine reaktionäre innere Politik der Gegenstand des Spottes und der Geringschätzung, und durch seine provokatorische Militär-, Flotten- und auswärtige Politik — die uns in der Welt isoliert hat — der Gegenstand der Abneigung, um nicht zu sagen des Hasses, in der gesamten Kulturwelt zu sein.

Das alles sagt den Wählern, so lange ihr noch zu ihnen reden könnt! Am Wahltag aber heißt es für alle: An die Front!

## Vorwärts die Massen zum Sturm!

## Auf zum Sieg! Ein Hüben, ein Drüben nur gilt! Hoch die Partei!

Der Parteivorstand.

Berlin, den 14. Januar 1907.



## Alte Wünsche.

Das Wahlfeld ist gegen 1903 erheblich verschoben: Opposition und regierende Partei haben ihre Rollen vertauscht. Aber die Wahllügen sind, soweit sie gegen die Sozialdemokratie gerichtet sind, ruhig, als wenn gar nichts geschehen wäre, aus dem Jahre 1903 hinübergenommen. Nur nichts umkommen lassen! Die Fälscher der „geistigen Wahlmittel“ verfahren wie die Verkäufer, die bei patriotischen Festtagen gewisse Gebrauchsartikel aus den alten Beständen wieder hervorholen, und wenn die Gelegenheit vorüber, die nichtverkauften Waren wieder verpacken und bis zur nächsten Wiederkehr im Dunkel lassen. Wahllügen unterscheiden sich aber dadurch von gutem Wein, daß sie durch das Lagern nicht besser werden.

Durch die Blätter aller bürgerlichen Parteien, der Reichsverbändler wie des heute so unnationalen Zentrums, der Freisinnigen, Nationalliberalen und Konservativen wird gegenwärtig wieder der Wahlwisch von 1903 geschleift, der die folgende schwarze Liste sozialdemokratischer Schandtatzen enthält. Die Sozialdemokratie habe gestimmt:

- 1883 gegen die Krankenversicherung.
- 1884 gegen die Unfallversicherung.
- 1889 gegen die Invaliditäts- und Unfallversicherung.
- 1890 gegen das Gesetz betr. Einführung der Gewerbegerichte.
- 1892 gegen das Arbeiterchutzgesetz.
- 1892 gegen die erste Vorkostenverordnung.
- 1895 gegen das Vorkostengesetz.
- 1895 gegen das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes.
- 1890 gegen das erste Gesetz zur Bekämpfung des Wuchers.
- 1894 gegen das verschärfte Gesetz zur Bekämpfung des Wuchers.
- 1896 gegen das Bürgerliche Gesetzbuch.

Es ist nicht leicht, in einer anjcheinend so ehrlichen und nüchternen Zahlentabelle soviel Schwindel und Unsinne anzuhäufen. Obwohl schon 1903 der Wisch von unserer Seite aus so zerzaust worden ist, daß nichts mehr übrig blieb, hat man ihn unverändert wieder herangezogen. Zum Teil stimmen nicht einmal die Jahreszahlen. Das Vorkostengesetz und das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb stammen nicht aus dem Jahre 1895, sondern 96. Und das zweite Wuchergesetz datiert nicht von 94, sondern von 93. Daß aber heute noch Zentrumblätter, wo doch die Partei selbst durch Ablehnung einer ihr nicht vollständig behagenden Vorlage den Vortwurf der Vaterlandslosigkeit gegen sich gelenkt hat, der Sozialdemokratie einen Vortwurf daraus machen, daß sie schlechte Gesetze ablehnt, gerade dann, wenn sie sozialreformerisch sich ipsezen, sollte man nicht für lenkbar halten.

In Wahrheit hat die Sozialdemokratie seit dem Jahre 1867 unausgesetzt sozialpolitische Anträge gestellt, und wenn die Mehrheit des deutschen Reichstags nicht bereit gewesen wäre, selbst diese sozialpolitischen Gesetze anzunehmen, so wäre heute die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung schon weit vollkommener. Solche Kompromisse, wie sie die sozialpolitische Gesetzgebung gestaltet haben, verhindern geradezu gute Gesetze. Das hat sich bei der letzten Bergnovelle in Preußen klar gezeigt. Indem das Zentrum den Entwurf der Regierung in der Verhinderung der Konservativen und Nationalliberalen mit den Bestimmungen, die es selbst vorher als unannehmbar bezeichnet hatte, schließlich annahm, schlug es den Bergarbeiterchutz im Reiche tot und verhinderte, daß der Reichstag unter dem Einfluß des allgemeinen Wahlrechts eine gründlichere Reform durchführte. Es waren Zentrumsarbeiter, die von dem durch die Verräterei des Zentrums durchgeschmuggelten preussischen Gesetz erklärten, daß es den Arbeitern Steine statt Brot gegeben habe.

Die Heuchelei des Vortwurfs gegen die Sozialdemokratie ist um so krasser, als auch das Zentrum und die Konservativen gegen einzelne dieser sozialpolitischen Gesetze gestimmt haben, aber nicht, weil sie ihnen nicht genug boten, sondern im Gegenteil, weil man diese kümmerlichen Reformen bereits für zu weitgehend erklärte. So hat die große Mehrheit des Zentrums und viele Konservative gegen das Invaliditätsgesetz gestimmt, weil die Ausdehnung der Versicherung auf die Landarbeiter und der Reichszuschüsse ihnen nicht gefiel. Es waren die Konservativen, die es zu verhindern gewußt haben, daß die Landarbeiter in die Versicherung eingezogen würden. Umgekehrt hat die Sozialdemokratie dagegen gestimmt, weil das Gesetz gar zu mangelhaft war. Hätten sich die bürgerlichen Parteien dem Verfahren der Sozialdemokraten angeschlossen und die Gesetze der Quaschhalberei und der Stumperei abgelehnt, so hätte man nicht das Bestere verhindert.

Gegen die Vorkostenetze hat die Sozialdemokratie gestimmt, teils weil sie den Zweck der Steuerentwendung, den Militarismus, nicht wollte, teils weil sie der Abschaffung dieser Rechte, einem Gesetz zur Steigerung des Brotwuchers zustimmte. Gegen das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb mag die Sozialdemokratie ganz selbstverständlich stimmen, weil es die Angestellten bei Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen nicht nur zivilrechtlich, sondern auch strafrechtlich bedrohte.

Gegen die Wuchergesetze aber hat die Sozialdemokratie überhaupt nicht gestimmt, sondern sie hat sie angenommen, obwohl sie sich über ihre Wertlosigkeit vollständig klar war. Die Bestätigung, daß die Sozialdemokratie gegen das Bürgerliche Gesetzbuch gestimmt hätte — das ja anerkanntermaßen durchaus richtig ist — nimmt sich besonders ehrlich in dem Munde der Konservativen aus, die dies Gesetz schon daran scheitern lassen wollten, wenn dem Keinen Kanern Ersatzansprüche für den Schaden den zugebilligt wurden.

Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung ist veranlaßt

worden einmal durch die Furcht vor der Sozialdemokratie, und dann direkt durch die Anregungen der Sozialdemokratie. Als 1877 die sozialdemokratische Fraktion einen Arbeiterchutzentwurf vorlegte, wurde offiziös erklärt, man könne auf solche Vorschläge eingehen, wenn man nicht die Annahme und Begehrlichkeit der Arbeiter noch weiter steigern wolle. Erst aus Furcht vor der revolutionären Währung, die das Sozialistengesetz hervorrief, entschloß sich die Regierung 1881, das erste sozialpolitische Gesetz, das die Versicherung einiger Arbeiterkategorien gegen Unfälle vorsah, im Reichstag einzubringen. Der freisinnige Führer Bamberger erklärte damals, Bismarck habe dies Gesetz nach dem Diktat Bebel's gemacht, und er sprach die Hoffnung aus, der Reichstag werde sich die sozialistischen Elemente nicht aneignen, welche daraus beständen, daß das Reich zu einer allgemeinen Armenversorgungsanstalt gemacht und die Finanzkraft des Reiches zu diesem Zwecke herangezogen werden solle. Gegen die Reichszuschüsse war auch der Führer der Konservativen und der Führer des Zentrums, Eugen Richter aber warnte die Regierung, bei den Wahlen die Frage der Arbeiterversicherung breitzutreten, die Freundschaft mit diesem Gesetz könnte für manche der Herren bedenklich werden. Es war eigentlich nur Bebel, der sich dem Gedanken der Arbeiterversicherung grundsätzlich angeschlossen, und dieser Vorkämpfer der Sozialdemokratie erklärte schon am 4. April 1883, daß seine Partei bereit sei, der Regierung nach besten Kräften zu helfen, „die positiven Bestrebungen, die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie durch diesen Gesetzentwurf erreicht werden sollen, zu fördern“, damit sie zu einem gedeihlichen Ziele kommen.

Bei dem ersten sozialpolitischen Gesetz der deutschen Regierung wurde demnach bereits von der Sozialdemokratie die grundsätzliche Zustimmung zur sozialpolitischen Gesetzgebung erklärt, während die bürgerlichen Parteien einschließlich der Konservativen und des Zentrums darin eine sozialdemokratische Erfindung und eine Entlehnung der Regierung aus den sozialistischen Forderungen sahen.

Der ungenauen, gefälschten und urfünigen Liste des Wahlbuchs gegen die Sozialdemokratie wurden von unserer Seite bereits 1903 die wirklichen Leistungen der Sozialdemokratie auf sozialpolitischem Gebiete entgegengesetzt.

Die Liste ist im Leitartikel der heutigen Wahlpost abgedruckt. Die bürgerlichen Verfasser des Arbeitertrutes mögen sie durchgehen und beschämt schweigen, wenn die Scham bei ihnen nicht schon zu den Hunden entflohen ist.

## Das genaßführte Parlament.

Die Tatsache, daß der deutsche Reichstag über den Stand der Kriegsverhältnisse in Südwestafrika falsch unterrichtet worden ist, wird durch den Brief eines Unteroffiziers aus Südwestafrika bestätigt, den veröffentlicht zu können die „Tägliche Arbeiterzeitung“ in der Lage ist. In diesem vom 30. Oktober datierten Schreiben heißt es wörtlich:

Da es bereits dunkel wurde und die Gottentoten sich zerstreut, war weiteres Vorgehen zwecklos, rasteten über Nacht am Ort. Da nach Aussage der Gefangenen noch eine Werft in der Gegend war und auch Spuren dahin führten, marschierten wir morgens in der Richtung. Doch war die Werft, als wir am nächsten Tage vormittags ankamen, bereits verlassen. Rüdten an die nächste Wasserstelle, wo wir abends ankommen. Signalisten juchzen Verbindung mit Kammas-Süd. Diese blühen herüber, daß der Oberkapitän der Bundeswehr, Johann Christian, sich in Geirachabis eingefunden, um Frieden zu machen, sämtlicher Orlog (Krieg) sei eingestellt, und wir sollten auf dem schnellsten Wege nach Tiefbood zurück. Inzwischen ist Christian nach Kammas gekommen mit seinen Großleuten, und hoffentlich wird der Orlog endlich klar. Wenn Ihr diese Zeilen in die Hände bekommt, werde Ihr alles Nähere bereits wissen.

Der gute Unteroffizier kannte die deutsche Regierung schlecht, wenn er vertrauensselig meinte, in der Heimat werde man schon alles wissen. Er konnte es nicht ahnen, daß der Reichstag am 13. Dezember aufgelöst werden sollte, wegen Bewilligung zu geringer Mittel zum Zwecke der Niedermegung eines Feindes, der seit sechs Wochen, seit Ende Oktober, nicht mehr existierte.

## Bülow als Wahlagitator.

Am Sonnabend wird das kolonialpolitische Komitee im Herrenhaus eine Versammlung abhalten, an die sich, wie es ja in vornehmen Kreisen üblich ist, ein Festessen anschließen soll. Bei diesem wird, so berichtet man, den kolonialpolitischen Herren zwischen Apfel und Käse auch der Reichskanzler, Fürst Bülow, jerviert werden, der die Gelegenheit benutzen will, um, Dernburgs Weisheit folgend, seine Redefähigkeit spielen zu lassen.

Im Herrenhaus hat ja auch Fürst Bülow seinerzeit das längste nur noch in der Wispresse geflügelte Wort gesprochen vom König, der in Preußen, von Preußen, das in Deutschland, und vom Deutschland, das in der Welt voran sei.

Auch Bülows Tafelrede wird nichts daran ändern, daß Deutschland nur in einem, allerdings dem wichtigsten Punkt, in der Welt voran bleibt, nämlich in der Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen.

## Nationalliberale und Agrarier.

Gescherreit teilt das Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“, mit, daß Herr Wassermaan versprochen habe, dafür zu sorgen, daß seine

Parteienossen im Kreise Kaiserlautern für den Vorsitzenden des Agrarierbundes, Dr. Köstler, im Falle die Bündler keine, des Herrn Wassermaan, Kandidatur, in Rotenburg im ersten Wahlgang unterstützten. Was tut nicht ein Wassermaan alles in seinen Wahlkämpfen! Uebrigens braucht er sich weder vor seinen eagr. Parteinossen zu schämen, die in der Pfalz ein gleiches Bündnis mit den Bündlern abgeschlossen haben, noch vor den Freisinnigen, die sich in Elbing bereit erklärten, Herrn v. Oldenburg, den Mann des Staatsreichs, gleich im ersten Wahlgang zu unterstützen!

## Die Begeisterung legte sich.

In einem Bericht des freisinnigen „Berliner Tageblatt“ über die zweite Berliner Rede Dernburg's heißt es recht anschaulich:

Als Herr Dernburg erzählte, daß in Ägypten der Getreidebaumvollboden 1200 Mark und in den deutschen Kolonien erst 4 oder 5 Mark kostete, regte sich hier und da eine gewisse Kolonialbegeisterung, ein behagliches Gemurmel lief durch den Saal und einige der Anwesenden schienen schon im Stillen zu rechnen. Diese Begeisterung legte sich und die stille Rechenarbeit hörte auf, als Herr Dernburg dann hinzufügte, daß man Resultate erst in 15 oder in 20 Jahren oder auch erst später erwarten könne. So flatterten die frohen Hoffnungen gewöhnlich in unabsehbarer Weiten davon, und die kühleren Köpfe vermigten die sichere Basis.

Die Prozentpatrioten rechnen und ihre Begeisterung legt sich, sowie sie erkennen, daß sie nichts oder nur wenig verdienen können.

Dem Volk aber verlangen sie, daß es noch länger mit Begeisterung zahlen soll.

## Reichsverbändler gegen Reichsverbändler.

In thüringischen Wahlkreis Erfurt-Schleieringen spielt der berüchtigte „Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie“ eine politische Komödie mit den Wählern, die ihnen hoffentlich die Augen öffnen wird.

Wir wollen die Tatsachen reden lassen: 1. Herr Landgerichtsrat Hagemann ist zweiter Hauptvorsitzender des Reichsverbandes. 2. Herr Landgerichtsrat Schettler ist erster Vorsitzender des Reichsverbandes (Ortsgruppe Erfurt). 3. Herr Landgerichtsrat Hagemann ist im Reichsverband nationalliberal (angeblich!). 4. Sein Kollege, Herr Landgerichtsrat Schettler, ist im selben Reichsverband konservativ! 5. Beide Vorsitzende führen also verschiedene politische Farben und bekämpfen sich bei der jetzigen Wahl als Gegenkandidaten politisch und persönlich aufs schärfste.

Sie „eint“ nur „brüderlich“ der Haß gegen die Partei des arbeitenden Volkes, gegen die Sozialdemokratie. Die Wähler werden ihnen hoffentlich am 25. Januar beiden den Laufpaß geben.

## Auswanderung der Industrie.

Vor einem Jahre kündigte der preussische Finanzminister Herr Rheinbaben als unvermeidliche Folge der Handelsverträge an, daß sich die Exportindustrie unmehr einschränken müsse, d. h. daß zahllose Erfindungen des Proletariats arbeitslos gemacht werden würden. In diesem Jahre, in der Zeit der weltpolitischen und kolonialen Schwindelrechnung, da der deutsche Export, nationale Wohlparole geworden ist, wagte natürlich der preussische Finanzminister nicht, seinen Kollegen Dernburg Lügen zu strafen.

Der Umstand, daß der Anfang der Handelsverträge zum Zusammenstoß mit einer Zeit höchsten wirtschaftlichen Aufschwungs, hat auch die von Herrn Rheinbaben schon vorher angekündigten Wirkungen einzuweisen nicht in die Erscheinung treten lassen. Immerhin hat die Rundfrage des preussischen Handelsministeriums über das Maß der Auswanderung der deutschen Industrie schon erkennen lassen, daß tatsächlich die deutsche Industrie schon jetzt in erheblichem Maße durch die Handelsverträge ins Ausland gedrängt worden ist. Die Handelsverträge bewahren sich also als die gefährlichsten Agenten des Auslandes. Einzelne Handelskammern, wie die von Berlin, haben ein abschließendes Urteil abgelehnt, weil die Handelsverträge erst zu kurze Zeit in Kraft seien und die gegenwärtige wirtschaftliche Hochkonjunktur eine Auswanderung der deutschen Industrie hemme.

Bereits aber wurden aus den Handelskammerbezirken von Bonn, Breslau, Magdeburg, Solingen, Kassel Auswanderungen von industriellen Werken, Einrichtung von Filialen im Ausland als bereits vollzogen, oder nahe bevorstehend gemeldet. Aus Koblenz, Graubenz und Halle wird eine Schädigung des Außenhandels festgestellt. Der Bericht der Nestoren der Berliner Kaufmannschaft stellt fest, daß sich eine Reihe kapitalkräftiger Firmen ins Ausland geflüchtet hat. Besonders schwer sei die chemische Industrie und die Maschinenindustrie getroffen. Die elektrische Industrie wäre gezwungen, noch mehr als bisher Auslandsfilialen zu errichten.

Nach Südwestafrika scheint keine der geschädigten Industrien eine Filiale verlegt zu haben. Dagegen kolonisieren wir nun das rivalisierende Ausland mit deutscher Industrie. Wir schützen die nationale Arbeit in der Weise, daß wir jenseits der Grenze arbeiten lassen. Und wir verbessern die Lebensumstände der deutschen Arbeiter, indem wir mit fremden Arbeitern nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland produzieren.

Kein Stück Vieh darf einwandern, aber die deutsche Produktion muß auswandern. Das heißt national! —



### Sozialdemokratie und Arbeiterschutz.

Durch die gesamte Presse macht wieder einmal eine Zusammenstellung die Runde, die eine Anzahl Gesetze vorführt, gegen die die Sozialdemokratie gestimmt hat. Es ist der alte Schwindel. Man gibt zwar richtig an, daß die Sozialdemokratie diese Gesetze abgelehnt hat, verschweigt aber, weshalb. Deshalb nämlich, weil diese Gesetze der Sozialdemokratie nicht weit genug gingen, weil man alle sozialdemokratischen Verbesserungsanträge abgelehnt hatte und vom Arbeiterschutz in diesen sogenannten Arbeiterschutzgesetzen nichts mehr übrigließ, schließlich weil eine Anzahl dieser Gesetze direkt schädigend für die Arbeiter wirkten.

Wir wollen nicht auf Einzelheiten eingehen, dagegen wollen wir auch einmal eine Liste aufstellen. Nämlich eine Liste von Gesetzen, für die die bürgerlichen Parteien nicht gestimmt haben. Sie sieht so aus:

- 1867. Erster sozialdemokratischer Arbeiterschutz-Gesetzentwurf (Zehnhunderttag) im Norddeutschen Reichstag; wird infolge der Interesslosigkeit der bürgerlichen Parteien nicht zur Verhandlung gestellt.
- 1877. Sozialdemokratischer Arbeiterschutz-Gesetzentwurf (Zehnhunderttag, für Frauen und Jugendliche Achtstundentag, Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit, Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren, obligatorische Gewerbegerichte, Reichsarbeitsinspektoren usw.) infolge Interesslosigkeit und Feindseligkeit der bürgerlichen Parteien unerledigt geblieben.
- 1883. Sozialdemokratische Verbesserungs-Anträge zum Krankenversicherungsgesetz von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.
- 1884. Sozialdemokratischer Arbeiterschutz-Gesetz-Entwurf (ähnlich den Forderungen von 1877). infolge der Interesslosigkeit und Feindseligkeit der bürgerlichen Parteien unerledigt geblieben.
- 1884. Sozialdemokratische Verbesserungs-Anträge zum Unfallversicherungsgesetz durch die bürgerlichen Parteien abgelehnt.
- 1889. Sozialdemokratische Verbesserungs-Anträge zum Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz durch die bürgerlichen Parteien abgelehnt.
- 1890/91. Sozialdemokratische Arbeiterschutz-Anträge zur Gewerbenovelle. Zehnhunderttag, vom 1. Januar 1891 Neunhunderttag, vom 1. Januar 1898 Achtehunderttag. Von allen bürgerlichen Parteien zu Fall gebracht.
- 1891. Sozialdemokratischer Antrag: Zehnhündiger Arbeitstag für Frauen — abgelehnt.
- 1891. Sozialdemokratischer Antrag: Schutz der nicht in Fabriken beschäftigten Kinder — abgelehnt.
- 1891. Seeleute, Dienstmögen, ländliche Arbeiter, Arbeiter in Staatsbetrieben vom Koalitionsrecht ausgeschlossen — durch die bürgerlichen Parteien.
- 1896. Sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Salzsteuer. Abgelehnt durch Konservative, Zentrum, Nationalliberale und Antisemiten.
- 1897. Geheimer Streikverbot des Grafen Pjodowski an die Unternehmer-Organisationen zur Vorbereitung des Schutzes der Streikbrecher. Sozialdemokratischer Arbeiterschutz-Antrag: Achtstundentag für alle Arbeiter in Gewerbe, Industrie, Handels- und Verkehrsweisen. Von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt.
- 1898. Sozialdemokratischer Antrag auf Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer auf Einkommen über 6000 Mark, aus welcher der Mehrbedarf der Marine über 117½ Millionen Mark pro Jahr gedeckt werden sollte. Von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.
- 1899. Zucht- und Hausgesetz zur völligen Vernichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter, insbesondere von Konservativen, teilweise auch von Nationalliberalen befürwortet. Nur durch energische Gegenbewegung der Arbeiter verhindert. Sozialdemokratische Anträge auf Verbesserung und Sicherung des Koalitionsrechts: Ausdehnung auf Landarbeiter, Seeleute, Arbeiter in staatlichen Betrieben, Dienstmögen; Sicherstellung gegen die landesgesetzlichen Vereinsgesetze; Strafandrohung gegen Unternehmer, welche die Ausübung des Koalitionsrechts verhindern. Von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.
- 1900. Sozialdemokratische Anträge und Gesetzentwürfe: Zehnhunderttag und weitere Kürzung auf acht Stunden; Reichsarbeitsamt; Gesetz zur Regelung des Wohnungswesens; Verbesserung der Gewerbegerichte; Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen, besonders Schwangere und Wöchnerinnen; freies Vereins- und Koalitionsrecht; Reichsberggesetz. Bis auf einige Kleinigkeiten alles durch die bürgerlichen Parteien verhindert beziehungsweise nicht zur Verachtung zugelassen, da Protokollgesetze und so weiter die Zeit ausfüllten.
- 1900. Sozialdemokratischer Antrag zum Handlungsgehilfen-Schutz auf Schluß der offenen Verkaufsstellen von abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr abgelehnt.
- 1900. Sozialdemokratische Hofstaats-Interpellation: gezielte Verkürzung der Arbeitszeit, Arbeitslosen-Unterstützung gefordert und so weiter. Williges Versagen der bürgerlichen Parteien.
- 1900. Sozialdemokratischer Antrag: Mehrkosten der Flottenvorlage durch Reichseinkommensteuer zu decken. Von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.
- 1900. Der Seinge, welche mit Kupplern und Zuhältern Kunst und Wissenschaft in Fesseln schlagen sollte, von Konservativen und Zentrum gefordert, durch die Sozialdemokratie verhindert.
- 1902. Zölle und Verbrauchssteuern in Höhe von 819 Millionen Mark durch die bürgerlichen Parteien beschloffen. — Ungarischer beschloffen, der die Zölle und Verbrauchssteuern auf weit mehr als eine Milliarde treiben soll. Jede Arbeiterfamilie von fünf Köpfen soll allein vom Brot 45 Mark Abgabe jährlich zahlen. — Sozialdemokratische Anträge: Aus vermehrtem Zollgewinn 100 Millionen zur Förderung des Schulwesens, 49 Millionen zur Befreiung der Salzsteuer, Aufhebung der Zuckersteuer. Alles durch bürgerliche Parteien abgelehnt. Desgleichen ab-

- gelehnt der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Getreidezölle in Zeitenzeiten.
- 1903. Sozialdemokratische Resolution zum Stat: Zehnhunderttag usw. (ein Antrag von 1900), Ausgestaltung der Fabrikaufsicht (Heranziehung von Erwählten der Arbeiter und Ausdehnung auf Heimarbeit, Landwirtschaft). Von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. — Sozialdemokratischer Antrag auf Schutz der Kinder in landwirtschaftlichen Betrieben abgelehnt.
- 1904. Sozialdemokratischer Antrag auf Gewährung des Stimmrechts an die Handlungsgehilfen bei den Wahlen zu den Kaufmannsgerichten von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.
- 1905. Die Mißhandlungsverträge von den bürgerlichen Parteien angenommen.
- 1906. Belastung des Volkes mit 200 Millionen neuer indirekter Steuern (Bier-, Zigaretten-, Fahrkartensteuer usw.) durch Konservative, Zentrum und Nationalliberale.

Unsre kleine Blütenlese enthält auch einige Gesetze, für die die bürgerlichen Parteien stimmten. Sie fehlen merkwürdigerweise in der erwähnten Zusammenstellung, obgleich es doch die Wähler interessieren muß, zu wissen, wer ihnen den Zoll- und Steuerfesseln bescherte. Aber darüber hüllen sich die „Staatsbehaltenden“ in tiefes Stillschweigen, und sie wissen wohl auch, warum.

Den Fälschern und Verleumdern, die der Sozialdemokratie immer und immer wieder die Ablehnung sozialpolitischer Gesetze vorwerfen, wollen wir übrigens einmal vorführen, was ein Liberaler Mann über dieses Thema sagt. In der Sitzung der hessischen Kammer vom 29. November führte der freisinnige Abgeordnete Dr. Gutknecht aus:

Einer unserer angesehensten Sozialpolitiker, Graf von Pjodowski, hat vor nicht sehr langer Zeit das kluge Wort gesprochen: Die bürgerliche Gesellschaft wird in der Tat die Sozialdemokratie nicht mit großen Worten überwinden; wenn sie es könnte, dann würde sie längst sie überwunden haben. Die bürgerliche Gesellschaft leidet schwer unter den Angriffen der Sozialdemokratie. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, was alles wir ihr zu verdanken haben. Daß eine gewisse Summe sozialen und sozialpolitischen Interesses in Deutschland erwachsen und allmählich Gemeingut geworden ist, das haben wir wesentlich den Sozialdemokraten zu verdanken.

Jeder von uns, der die damaligen alten Zeiten mitgemacht hat, wird, wenn er es offen eingestehen will, sagen müssen, daß in der Zeit, wo noch nicht unter dem Einflusse der Sozialdemokratie der sozialpolitische Geist überall im Volke geweckt war, man eine ganze Summe von Einrichtungen, die sich mittlerweile segensreich bei uns befähigt und bewährt haben, gar nicht für möglich gehalten hat. Man hat die ganze Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Invalidenversicherung, die Arbeiterschutzgesetzgebung unter dem lebhaften Widerstand eines großen Teiles (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Der Zentrumspartei!) der bürgerlichen Elemente eingeführt. (Zuruf: Und der Sozialdemokrat! Abg. Ulrich: Ja, gewiß, es war uns zuwenig! Abg. Dr. David: Ihnen war es zuviel, uns war es zuwenig!) Ich weiß ja, was Sie sagen wollen. Sie wollen sagen, daß auch die Sozialdemokratie bei einem Teil oder einem größeren Teile dieser Gesetze negativ mitgewirkt hat. Das ist aber nicht richtig. Etwas anderes ist es, ob man bei der Schlußabstimmung, weil man noch nicht so viel erreicht hat, als man erreichen wollte, einem Gesetz zuwider ist, oder ob man dieses Gesetz von vornherein nicht will. Den Anteil, den die Sozialdemokratie an der Verbesserung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung hat, dürfen wir ehelicherweise nicht leugnen. Dieser Anteil ist groß, und wir müssen der Partei in dieser Hinsicht stets zu Dank verpflichtet sein und bleiben. Meine Herren, ich darf das um so mehr sagen, weil ich in alter Zeit, als ich vor 25 Jahren zum erstenmal in den Reichstag kam, umringt war von Personen, die beim besten Willen doch stark mancherlei Tendenzen hatten und sich schwer losreißen konnten von den Empfindungen, die damit verknüpft waren.

So redet ein Gegner der Sozialdemokratie, der indessen ehrlich genug ist, der Sozialdemokratie Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. —

### Reichsverbands-Literatur.

Von allen Seiten fliegen uns jetzt die Flugblätter auf den Redaktionstisch, die der Protektor des Herrn Kobelt, der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie, in untrügender Verbreitung läßt. Es ist nicht möglich, auf alle einzugehen — die Kollektion des Verleumderverbandes ist sehr reichhaltig; er hat 80 verschiedene Sorten auf Lager —, und es ist schließlich auch nicht nötig. Sie sind alle gleich niederträchtig verlogen, gleich gemein und roh, gleich geschmacklos und verleumderisch. Aber ein paar Proben wollen wir doch geben:

Ein solches Blättchen, auf gelbem Papier bedruckt, trägt die Ueberschrift: Die Sozialdemokratie und die Bauern. Darin können die Bauern lesen, daß die Sozialdemokratie nichts so sehr haßt als das Landvolk. Bebel habe auf dem Münchner Parteitag gesagt, es gäbe

„keine borniertere Klasse wie den Bauernstand“. Das erste ist eine Unwahrheit, das zweite eine Fälschung, die schon lange richtiggestellt ist, aber von dem elenden Verleumderverband immer wiederholt wird. Bebel hat von den Agrariern gesprochen, aber nicht von den Bauern, was bekanntlich zweierlei ist. Ähnlich sind die andern Zitate zu bewerten, die sich in den Flugblättern finden.

Das Flugblatt Nr. 53 trägt wieder einen andern Charakter. Es appelliert an den Hurra- und Wortschwallöden. Die Sozialdemokraten werden von den gesinnungslosen Lumpen im Reichsverband, die für Geld allen Parteien dienen, darin angegriffen, weil sie über Hilfers Rede im Reichstag gelacht haben. Sie „schänden“ nach dem fachverständigen Urteil der Söldlinge des Reichsverbandes den deutschen Namen, weil sie gegen 145 Hottentotten nicht 8000 Krieger ins Feld führen wollen, und sie haben „keine Achtung vor dem Heldennut der deutschen Truppen“. Warum? Weil 1872 der „Volksstaat“ die Soldaten als „zweibeinige Tiere in Uniform“ bezeichnet haben soll. Auch das ist eine freche Fälschung. Der „Volksstaat“ hat sich damals gegen den Kadavergehorjam gewendet, er hat es beurteilt, daß die Soldaten in der Weise behandelt werden, wie sie die vielen Prozesse wegen Soldatenmißhandlungen erkennen lassen, er hat sie nicht als zweibeinige Tiere in Uniform bezeichnet, sondern er hat verlangt, daß sie nicht so behandelt werden, als wenn es keine Menschen, sondern Tiere wären. Also das gerade Gegenteil von dem ist richtig, was die Reichsverbändler in ihrem Flugblatt behaupten.

Am schönsten ist aber unstrittig das Flugblatt Nr. 55, das mit einem Bilde geschmückt ist. Man sieht oben, wie die Hottentotten Säufer plündern und anstecken und Farmer und ihre Frauen ermorden, und liest dazu die erläuternde Ueberschrift: „So kommt es, wenn ein Sozialdemokrat gewählt wird!“ Der Mann hat ganz ver-gessen, die 145 Hottentotten abzumalen, wie sie in die Provinz Sachsen einfallen und, nachdem sie die Altmark und die Börde verwüstet haben, Magdeburg belagern und es schließlich ein zweites Mal noch gründlicher zerstören wie Tillus Scharen. Das Bildchen käme der Wahrheit ebenso nahe wie das von den plündernden Hottentotten.

Wie es kommt, wenn „ein treuer Deutscher Mann“ gewählt wird, zeigt das Flugblatt gleichfalls. Da sieht man eine Hütte unter Kofospalmen (?) versteckt und einen Farmer am Pfluge, dem ein Schütztrupp die Hand oder eine Priße reicht. Genau ist das nicht zu erkennen. Zugtiere scheint es in jenen segneten Gegenden nicht zu geben. Wenigstens sind keine vor dem Pflug gespannt.

Nicht anschaulich ist schließlich auch noch das Bestreben der Sozialdemokratie illustriert. Man sieht neun Ballonmützen mit Striden und Gebebäumen beschäftigt, die Germania umzuführen. Die neun stellen „Bebels Scharen“ vor. Der begleitende Text paßt zu dem Bilde.

Wie sich wohl die Leute, die wirklich noch etwas von liberaler Gesinnung und nebenbei auch noch Geschmac besitzen, vornehmen, wenn ihnen solche Flugblätter zur Propaganda für den „entschieden liberalen“ Kandidaten Rohelt überreicht werden? —

### Kriegervereiner vor die Front!

Aus den verschiedensten Orten unseres Verbreitungsbezirks werden uns Anfragen an die „Kameraden des deutschen Kriegerbundes“ zugesandt, die mit feltamer Logik zunächst Deutsch-Südwestafrika als ein Land voller „Unwirtschaftlichkeit“, „Unkultur“ und mit „tückischem Klima“ schildern, dann aber behaupten, die deutsche Ehre verlange es, daß die dort befindlichen 145 Hottentotten nach wie vor von 8000 deutschen Soldaten zu Tode gehetzt werden. Die Reichslagsmehrheit habe die „Kameraden und die Früchte ihrer tapferen Tat im Stich gelassen“.

Ueber die Sozialdemokratie heißt es:

„Die Sozialdemokratie hat ihre vaterlandslose Gesinnung gegenüber den Kämpfen in Südwestafrika wieder auf das schmachlichste erwiesen; sie hat Mühe nur gezeigt für die schwarzen Mörder unserer Landesknechte, sie hat für die deutschen Kämpfer nur Hohn und Spott gehabt, sie hat unsre tapferen Kameraden beschimpft und begeistert, und sie ist jederzeit bereit, die deutsche Flagge zurückzugeben von dem Boden Afrika, der gedüngt ist mit deutschem Schweiß und deutschem Blut. Jedem deutschen patriotischen Mann verbietet es die Ehre, einen Sozialdemokraten zu wählen, uns Kameraden der Kriegervereine verbietet es übrigens die Sühnungen.“

Der Schwindelmajor, der das geschrieben hat, käme schon in Verlegenheit, wenn er beweisen müßte, warum und wie die Sozialdemokratie die deutschen Soldaten in Südwestafrika „beschimpft und begeistert“ hat. Die deutsche Sozialdemokratie ist der Meinung, es sei eine Verschwendung an Gut und Blut, wenn für ein Land, das auch das Kriegervereinsflugblatt als Wüste schildert, noch mehr Opfer gebracht werden wie bisher. Sie handelt damit nicht nur im Interesse der „Kameraden“, sondern sie handelt auch wahrhaft patriotisch. Allerdings ist das ein Patriotismus, für den die Woermann, Toppelskirch und Bobbielski nicht viel übrig haben, ein Arbeiter und Handwerksmeister sollte es aber verstehen, auch wenn er im Kriegerverein ist.







## Der Moskauer Aufstand vor Gericht.

Die Moskauer Gerichte führen jetzt die Prozesse durch, die den Nachtrag zu dem Dezemberaufstand des vorigen Jahres bilden. Wie hierbei Recht und Gerechtigkeit fahren, macht ein Brief anschaulich, den Gorki an die Londoner „Times“ gerichtet hat. Der Dichter erzählt das Schicksal eines Menschen, des Studenten und Fabrikbesitzers Schmidt. In den Begebnissen dieses einen Lebens kann man die Geschichte des ganzen Aufstandes lesen. Die Rechtsbeugung der Richter vollendete die Untaten der ordnungsmachenden Offiziere. Gorki schreibt dem englischen Leserkreis:

„In Moskau befinden sich nun alle Leute, Männer und Frauen, die auch nur im entferntesten Verdacht stehen, an dem Aufstand im Dezember 1905 beteiligt gewesen zu sein, in gerichtlicher Untersuchung. Ich wünsche nun der Öffentlichkeit zu zeigen, wie diese „Fälle“ von der Polizei und den Gerichtsbehörden zustande gebracht werden. Als ein Beispiel nehme ich den „Fall“ des Nikolai Schmidt, über den ich genau unterrichtet bin, und die Tatsachen dieses Falles, die ich aufs sorgfältigste festgesetzt habe.“

Nikolai Schmidt ist ein Uhrmacher, klein, aber zugleich ein sehr reicher Mann, der Besitzer der ersten Maschinenfabrik in Moskau. Sein Geschäft war ausgebreitet und gewinnreich, und die Eleganz seiner Arbeiten wohlbekannt. Jung, von Natur aus vornehm und mit Lust und Liebe bei seiner künstlerischen Arbeit, hielt es Schmidt zugleich für seine Pflicht, die Lage der Arbeiter seiner Fabrik zu verbessern, was ihm, als dem Herrn so vieler Menschen, natürlich selbst eine Befriedigung bot. Seine wohlwollende Art, die Arbeiter zu behandeln, auf der einen Seite, und deren freundschaftliche Gefühle für ihn verschafften ihm in den Augen der Moskauer Polizei den Ruf, daß er feilschig und politisch unzuverlässig sei.

Gütiges und rücksichtsloses Verhalten, wo immer es sich kundgab, wird ja doch in diesem Lande als Verbrechen betrachtet.

Am 17. Dezember 1905, um 1 Uhr morgens, brach eine Abteilung Polizei und Kosaken in Nikolai Schmidts Wohnung ein. Als Schmidt ein Erklärung hierfür verlangte, wurde ihm ein Befehl zu seiner Verhaftung vorgelesen, worin angeordnet worden war, daß Schmidt sofort in das Tatarski-Gefängnis gebracht werde. Zugleich wurde eine Durchsuchung der Wohnung vorgenommen, wobei keine verdächtigen Papiere vorgefunden wurden. Schmidt wurde hierauf fortgeführt, aber nicht in das Tatarski-Gefängnis, sondern zu der Presnenski-Polizeistation.

Dort empfing ihn der Polizeikommandant mit den Worten: „Wir wissen, daß Sie einer der Leiter der revolutionären Bewegung sind und daß in Ihrer Fabrik Gewehre und Munition aufbewahrt sind. Sagen Sie sofort alles aus oder wir werden Sie erschließen.“

Der Verhaftete stellte in Abrede, daß er irgend etwas mit der Revolution zu tun habe; aber durch Einschüchterungen und Drohungen gezwungen, stimmte er zu, eine Erklärung für die Arbeiter seiner Fabrik zu schreiben, worin ungefähr folgendem Inhalt laute: „Es wird gemeldet, daß die Arbeiter in eurem Besitz haben; wenn dies wahr ist, liefert sie aus; die Polizei droht sonst, die Fabrik zu zerstören.“ Diese Erklärung wurde aber offenbar nicht übergeben, denn fünf Minuten nachdem sie geschrieben worden war, begann eine fürchterliche Kanonade in jenem Teile von Presni, wo Schmidts Fabrik gelegen war.

In der Zwischenzeit war Schmidt zugleich mit einem andern Studenten in einem Räume untergebracht worden, von welchem aus ganz Presni und die Fabrik gesehen werden konnten. Die Polizeistation von Presni sah wie alle andern Polizeistationen in der Stadt wie ein bewaffnetes Lager aus und war angefüllt mit Kosaken, Artillerie, Infanterie und Kavallerie. Alle waren furchtbar betrunken. Als Schmidt in die Zellen gebracht worden war, sprangen die Polizisten auf ihn los mit dem Geheul: „Du Hund, du hast den Jar morden wollen! Wir werden Dir das Märtyrertum zeigen!“ Sie bedrohten ihn mit dem Tode, aber einer von ihnen ließ Schmidt in den Nebenraum und ließ ihn ein. Von dem Fenster aus sah Schmidt, wie seine Fabrik mit Bomben beschossen, von den Soldaten geplündert und in

Brand gesteckt wurde. Anstehend an die Polizeistation befand sich ein Wohnheim. Auch dieses Gebäude, in dem verkrüppelte alte Weiber untergebracht waren, wurde von den Truppen trotz aller Bitten der Weiber mit Schüssen durchlöchert. Schmidt war Augenzeuge der Ausreibung der armen alten Leute — ein Anblick, der nicht geeignet war, seine Nerven zu kräftigen.

Unterdessen war die Polizeistation von den Revolutionären in ihrer Verzweiflung angegriffen worden. Dadurch wurde die Lage Schmidts sehr verschlimmert. Die Fenster des Raumes, in dem er eingeschlossen war, gingen nach der Straße, und er und seine Leidensgefährten entgingen mit knapper Not den einschlagenden Kugeln.

Am dritten Tage seiner Einschließung erhielt Schmidt den Befehl, sich anzukleiden und herauszukommen. Im Hofraum wurde er in den Wagen des Militärhospitals gezwungen und unter der Eskorte eines halben Dutzend Soldaten des Semenow-Regiments weggeführt. Während der Erwartung spielten die Soldaten mit den Miegeln ihrer Gewehre, gaben ihm Fußtritte und schrien: „Wir werden Dich gleich erschließen! Was sollen wir uns mit Dir plagen, laßt uns ihn gleich erschlagen wie einen Hund!“

Nach Verlauf einer Stunde wurde Schmidt aus der Stadt hinaus zu einem Plage gegenüber dem Friedhof gebracht und aus dem Wagen genommen. Hier war etwa ein Regiment Grenadier und Kosaken aufgestellt, in dessen Mitte sich eine Anzahl von Arbeitern aus Schmidts Fabrik und viele andre Gefangene befanden. Die Detonanten trieben rote Späße, verhöhnten die Leute und schlugen sie. Ein Offizier des Semenowischen Regiments ging auf Schmidt zu, erhob die Hand und verjagte ihn in einem Schlag ins Gesicht, indem er ihn zugleich in roher Weise beschimpfte. Einige Minuten später sah Schmidt, wie zwei Arbeiter seiner Fabrik beiseite geführt wurden — eine Salve brachte, dann noch eine zweite. Die Soldaten ließen ihn, um die Leichen anzuschauen.

Zwei Stunden lang wurde Schmidt auf diesem Plage festgehalten und mußte den Schreidrengern der Granatheit zu sehen. Als sich ihm endlich die Gelegenheit bot, hat er einen Offizier, ihm doch zu sagen, warum er hierher gebracht worden sei und ob es ihm möglich sein werde, einige Verfügungen zu treffen.

Oberst Min kam hinzu und sagte ruhig: „Dazu ist keine Zeit, ein Testament zu machen; es ist zu spät. Sie werden gleich erschossen werden. Wenn Sie aber Ihre Mitschuldigen nennen wollen, werden wir das weitere sehen.“

Beinungslos gemacht durch all das, was er gesehen hatte, und durch die Schreien, die er mitmachen mußte, nannte Schmidt mehrere seiner Freunde — die erien heißen Namen, die ihn durch den Kopf führen und einfielen. Hierauf brachte ihn Oberst Min selbst zurück in die Presnopolizeistation, ordnete an, daß Schmidt in einen abgesonderten Raum gesperrt und mit Papier und Feder versehen werde, und gab ihm eine Stunde Zeit, eine Aussage niederzuschreiben. Nach einer Stunde erschien Oberst Min wieder, las die Aussage, die Schmidt geschrieben hatte, und brachte ihn in das Gebäude der geheimen Polizei.

Dort begann man der Gouverneur von Moskau gemeinsam mit dem Oberst Min und dem Chef der geheimen Polizei den durch Furcht und Schrecken nervös erregten jungen Mann zu verhören. Dieser erklärte aber nun, daß sein Geständnis durch Androhung der Tortur und des Todes erzwungen worden sei. Diese Erklärung wurde aber durch die Bemerkung kurz abgelehnt: „Bedenken Sie, daß wir viele Mittel haben, um Sie sprechen zu machen.“

Gleichzeitig vernahm Schmidt von außen das Jammer der Leute, die mitgehört wurden. Geständnisse, die notwendig waren, um die „Fälle“ aufzulösen, wurden mit Hilfe der Tortur erzwungen. Man hörte das Geschrei der Menschen, die in die Höhe geworfen wurden und auf das Steinpflaster des Hofes herabfielen, mit Füßen getreten und wieder in die Höhe geschleudert wurden, während man auf ihr Jammer einfach antwortete: „Bekannt oder wir werden euch töten!“

Das Verhör Schmidts dauerte fast ununterbrochen acht Tage lang mit einem fortwährenden Wechsel der verhörenden Beamten.

Es wurde Schmidt nicht gestattet, zu schlafen. Sobald er einnickte, schrie ihn der Polizist, der ihn beobachtete, an: „Du willst schlafen?“ Dann stieß er ihn mit den Fäusten in die Seiten und schüttelte ihn am Krage. Nach acht Tagen war das Verhör endlich beendet und Schmidt wurde wieder ins Gefängnis gebracht. Natürlich war er nach allem, was er durchgemacht hatte, in einem furchtbaren Zustand. Seine Aussagen trugen das Gepräge des gefühllosen Deliriums, und er selbst erkannte dies, als er endlich im Gefängnis zur Ruhe kam. Am 15. Januar wurde Schmidt vor das Untersuchungsgericht gestellt, wo er angeklagt wurde, an der Organisation des bewaffneten Aufstandes gegen den Zaren teilgenommen zu haben. Er wurde nun wieder aufgefordert, ein Geständnis abzulegen. Schmidt erklärte nun, daß alles, was er früher ausgesagt hatte, unwahr und durch Drohungen erzwungen war, daß er sich zu seiner Schuld bekennen könne und nichts begehren habe. Er widerrief alles. Der erschöpfte junge Mann dachte, daß er nun endlich einen Vertreter des Geheimes und nicht der rohen Gewalt vor sich sehe.

Am nächsten Tage wurde er aber wieder in das Departement der geheimen Polizei gebracht, und hier sprach ihn der Chef mit den Worten an: „Was glauben Sie denn, Herr Schmidt? Sie haben Ihre Aussagen zurückgezogen? Ist das möglich?“ Und nun begann das Verhör von neuem. Nach einem abermaligen Aufenthalt von zwei Tagen in der geheimen Polizei war Schmidt aufs neue durch den Schrecken erschöpft und bestrafte alles, was er früher gesagt hatte. Und als er im Begriff war, das Protokoll zu unterschreiben, begab sich der Chef der geheimen Polizei in das Nebenzimmer und holte die Vertreter des Geheimes, den Untersuchungsbeamten und den Staatsanwalt Wikarionow, herbei, indem er ihnen sagte: „Wohl, nun übergebe ich ihn Ihnen zum weiteren Verfahren.“

Hierauf begann das Verhör durch die „Untersuchungsbehörde“. Am folgenden Tage widerrief Schmidt abermals.

Schmidt ist nun verurteilt. Der junge Mann ist durch die Tortur in einen Zustand der Unzurechnungsfähigkeit versetzt, und dieser Zustand bei dem Gericht die Rechtfertigung, nicht nur gegen ihn, sondern auch gegen seine Freunde, die er unwillkürlich demüdigert hatte, die Anklage zu erheben. Das Gericht konnte natürlich nicht anerkennen, daß das Geständnis von dem Angeklagten durch Gewalt und Drohung erpreßt worden war. Aber dem Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter war die Gewalttätigkeit bekannt, denn sie standen hinter der Tür, während der Chef der geheimen Polizei das Geständnis von Schmidt erpreßte, und sie haben ihn nicht nur gegen solche Ungerechtigkeit nicht geschützt, sondern sie waren selbst daran interessiert, das Geständnis von Schmidt zu erlangen. Der Fall Schmidt ist nicht der einzige in seiner Art, sondern es gibt noch viele ähnliche Fälle. M. Gorki.

## Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 15. Januar 1907.

Der Schwurgerichtshof wird gebildet durch den Landgerichtsdirektor Hilbrandt als Vorsitzenden, den Landgerichtsrat Wertheim und den Amtsrichter Schirmer als Beisitzer.

Die Anklagebehörde vertritt der Staatsanwalt Rasmus. Die Verteidigung führt der Rechtsanwält Wof.

Wegen Konkursbergehens ist angeklagt: Der Privatmann Karl Schmidt hier, geboren 1837, vermittelte und einmal vorbestraft. Der Angeklagte, der aus Groß-Mühlingen stammt, hat allerlei versucht, um zu Vermögen zu kommen. Er hat ein Kolonialwarengeschäft, ein Restaurant, eine Pfandleihe und ein Abbruchgeschäft gehabt. Im Jahre 1904 kaufte er dann das Haus Darsdorferstraße 1 mit einer Anzahlung von 8000 Mark, wo er wieder ein Kolonialwarengeschäft betreiben wollte. Dieser Kauf war ein Unglück. Er hatte 130 000 Mark für das Grundstück gegeben, in der Hoffnung, das darin befindliche Kolonialwarengeschäft werde sich rentieren und er werde die Konzeption zu einer Restauration erhalten. Weidens Jahrg fehlte und Schmidt geriet in Zahlungsunvermögen. Am 30. Juni v. J. meldete er seinen

## Fenilleton.

(Nachdruck verboten)

### Zwei Brüder.

Roman von Jens Petrik Nielsen.

(42. Fortsetzung.)

„Vater, Du tust nicht recht, wenn Du es so nimmst,“ rief Martin unglücklich. „Denn ich heute zumiel getrunken habe, so war es, weil mir jetzt alles in der Welt gleichgültig ist. Dir mache ich nichts als Unmutter, und mein Bruder war mein bester Freund, und er hat mir alles genommen, wonach in dieser Welt mein Verlangen stand.“

„Was sagst Du? Was hat er Dir genommen?“

„Tabitha!“

Kasman ließ die Türklinte los, die er schon ergriffen hatte und ging wieder ins Zimmer hinein.

„Wißt Du damit jagen, daß Du und Tullus Tabitha lieb habt? Verhält es sich so?“ rief er, und keiner der beiden, die es hörten, erkannten seine Stimme wieder.

„Sie hätte mein sein sollen; ich habe sie lieb gehabt, seit wir klein waren.“

„Aber jetzt hat Tullus sie Dir genommen, wie?“

„Ja, das hat er!“ rief Martin wütend. „Hinter meinem Rücken hat er es getan, während er wußte, wie es um uns stand!“

Tullus öffnete die Tür und kam herein. Das Lampenlicht schmitt ihm in die Augen; am Tisch sah er Kasman sitzen, den Kopf auf die Hand gestützt, Martin stand und umfaßte eine Stuhllehne, die er so krampfhaft drückte, daß die Finger ganz weiß wurden. Er war blaß, und das hübsche dunkle Haar lag in Strähnen über der Stirn.

„Sieh her,“ sagte Kasman in demselben Ton wie vorher, „da hast Du Deinen Bruder, mit dem Du nicht länger im selben Hause wohnen kannst.“

Tullus trat näher heran.

„Ich habe zufällig gehört, was Du eben sagtest, Martin, es geschah ohne meinen Willen, aber es war doch vielleicht am besten so. Was zwischen Dir und Tabitha besteht, davon weiß ich nichts, aber das weiß ich, daß Du Dich irrst. Und ich bin froh, daß ich es sagen kann, während Vater zuhört,

daß wegen der Sache nichts zwischen uns zu stehen braucht. Tabitha und ich haben nie ein Wort gewechselt als wir zwischen Bruder und Schwester.“

Martin stand betäubt da und starrte seinen Bruder an. Er wußte nicht, was er glauben sollte, Tullus log nicht, das fühlte er, und die Innigkeit, die in den Worten gelegen hatte, weckte alle die alten Gefühle bei ihm, und er hatte die größte Lust, sich dem Bruder nun den Hals zu werfen, und alle die häßlichen Gedanken, die er gehegt hatte, zu vergessen und wieder gut Freund mit ihm zu sein wie in alten Tagen. Aber der Zweifel gewann die Oberhand.

„Kannst Du leugnen, daß Du Tabitha lieb hast? und sie Dich? Leugne das, wenn Du es wagst, dann werde ich Dir glauben.“

Tullus wurde rot. Er überlegte eine Weile, ehe er antwortete.

„Ich habe gesagt, was ich gesagt habe. Es besteht nichts zwischen Tabitha und mir, worum Du Dich zu kümmern brauchst. Was ich in meinem Herzen denke, ist meine Sache, und geht niemand was an.“

„Da kannst Du's hören,“ rief Martin. „Da hörst Du, Vater, er leugnet nicht. Und da sollte ich hier gehen und ruhig zusehen! Nein, eher verlasse ich das Land und komme nie mehr zurück.“

Kasman hatte dagehört und ihnen zugehört, ohne eine Miene zu verziehen. Er strich sich ein paarmal über seinen langen Bart und räusperte sich.

„Neist will ich Euch erzählen, wie es mit mir und meinem Bruder ging, denn ich hatte auch einen Bruder. Er hieß Martin, wie Ihr wißt, und war Tabithas Vater. Wir waren ungefähr gleichaltrig, wie Ihr, und so gute Freunde, wie zwei Jungen sein können, wenn in keinem von ihnen viel Böses steckt. Bis wir erwachsen waren, sind wir keinen Tag und keine Nacht voneinander getrennt gewesen, dann gewannen wir dasselbe Mädchen lieb, und von dem Augenblick an verlor ich meinen Bruder. Er verheiratete sich mit ihr und kaufte einen Hof auf Naderen und achtzehn Jahre lang haben wir uns nicht und wechselten kein Wort. Dann starb er.“

Kasman schweig und schaute auf seine großen Hände. Sie er ineinander wand, daß es in den Gelenken krachte.

„Ich wünschte, ich könnte Euch erklären, was dies für

mein Leben bedeutet hat. Alles andre ist gut gegangen, und viel Sorgen habe ich nicht gehabt, aber denummer um meinen Bruder bin ich nicht losgeworden, er hat an mir gezehrt Tag und Nacht in allen diesen Jahren, ja, bis man mich ins Grab legt, wird er und die Neue mich nicht verlassen.“

„Im Anfang konnte ich nicht vergessen, daß er mir die weggenommen hatte, die ich liebte; aber später verheiratete ich mich selbst, dann kamt Ihr zur Welt, und als Ihr größer wurdet und heranwuchset, und ich sah, wie gut Ihr zusammenhieltet, und wie ähnlich ihr uns von damals wart, mußte ich immer daran denken, so elend wie es Martin und mir ergangen war, sollte es mit Gottes Hilfe Euch beiden nie gehen, wenigstens was ich dazu tun könnte.“

„Manche Nacht habe ich Euretwegen nachgelesen, Kinder, und mich mit Ahnungen und Beforgnissen wegen der Zukunft geplagt. Ich habe über jedes Wort und jeden Gedanken gewacht und mich darüber gefreut, daß Ihr von Natur gut und liebevoll wart, aber glaubte ich je, eine feindselige Gesinnung zwischen Euch wahrzunehmen, wenn es auch nur ein überleitetes Wort war, so machte es mich für lange Zeit ängstlich und unglücklich.“

„Aber alles ging gut, Ihr entwickelt Euch gut, und niemand weiß, wie glücklich ich gewesen bin. Manchmal kam es mir vor, als ob meine Liebe zu Euch und meine Sorge für Euch eine Art Abbitte meinem eignen Bruder gegenüber wären, denn es seinerseits nicht viel anders ging, dem Armen, als mir. Aber alles ist vergebens gewesen, es besteht wieder dasselbe Elend zwischen unsern Kindern wie zwischen uns, das Schlimmste, was geschehen konnte, ist geschehen, und heute abend stehen meine zwei Söhne vor mir und können nicht unter demselben Dach sein.“

Die Worte kamen mühsam, und schließlich mußte er innehalten.

„Ich bin ein alter Mann geworden,“ fuhr er fort, „und ich merke, wie dies mich mitnimmt; ich habe auch keine Lust, weiter zu leben. Aber könnte ich Euch, Tullus und Martin, als die guten, treuen Freunde von früher sehen, so würde ich gern mein letztes Herzblut für Euch geben, ja mein letztes Blut!“

Er verberg sein Gesicht in den Händen und weinte.

(Fortsetzung folgt.)



**Stonkus an.** Bei Festsetzung der Masse verschmäht der Angeklagte dem Konkursverwalter gegenüber, daß er außer den beiden hinter dem Laden befindlichen Zimmern noch eine Wohnung im zweiten Stock innehatte. Das eine Zimmer dieser Wohnung war vollständig möbliert und an einen Herrn vermietet, das zweite Zimmer enthielt allerlei Kram, der noch aus der Pfandleihe stammte. In der als Schlafzimmer möblierten Küche schloß Schmidt's Wirtschafterin. Dem Angeklagten wird nun zur Last gelegt, er habe den Inhalt der oberen Wohnung seiner Gläubigern entziehen wollen. Er bestreitet dies, will vielmehr gar nicht daran gedacht haben, daß er die zweite Wohnung, die er fast nie betreten habe, innehatte. Die verschwiegenen Sachen waren sämtlich alt und geringwertig. Bei der polizeilichen Vernehmung hat Schmidt halb und halb zugegeben, daß er schuldig sei. Auf Grund der Verhandlung bejahen die Geschworenen die Schuldfrage, billigten aber mildernde Umstände zu. Demgemäß lautete das Urteil des Gerichtshofs auf 5 Monate Gefängnis.

### Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 15. Januar 1907.

**Kinder vor Gericht.** Fritz Germershausen, geboren 1893, und Gustav Schipp, geboren 1894, zu Staßfurt, saßen im Oktober 1906 aus einer erdrossenen Zahnmarschstraße, die ein nicht emittelter Eigentümer auf dem Königsplatz zurückgelassen hatte, einige Tassen und Nippfiguren. Die Kammer nahm nur Unterschlagung als vorliegend an und verurteilte die Angeklagten zu je 20 Mark Geldstrafe eventuell 4 Tagen Gefängnis.

**Ein Vergehen.** Der Zudeckwarenhandeler Robert Gillesbrecht hier, geboren 1877, ließ in der Zeit vom 22. April bis zum 13. Mai 1906 Sonntag nachmittags von 3 bis 10 Uhr durch seine beiden Verkäufer handelte Nüsse und Pralinen in den Geschäftsräumen feilbieten, und wurde daher vom Schöffengericht am 7. November wegen Anstiftung zu einem Vergehen gegen die Gewerbeordnung mit 5 Mark Geldstrafe belegt. Die eingelegte Berufung wurde verworfen.

**Diebstahl.** Die Handelsfrau Marie Gannemann hier, geboren 1856, stahl am 30. September 1906 aus einer Wohnung das auf dem Küchentisch liegende Paket der Näherin Dreife, enthaltend Band, Schere und ein Verbandsbuch. Da wiederholter Missetat vorliegt, lautete das Urteil auf 3 Monate Gefängnis.

**Sittenverbrechen.** In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Barbier Wilhelm Gebhardt hier, geboren 1879, wegen wiederholter Vornahme unzüchtiger Handlungen mit einem 18 Jahre alten Mädchen und wegen Verleumdung mehrerer Mädchen zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

### Gewerbegericht Magdeburg.

Sitzung vom 14. Januar.

**Vorsitzender:** Stadtrat Schum. **Beisitzer:** Schneider Meiß und Gasenarbeiter Hohmann, Arbeiternehmer; Feiler Dreißel und Kaufmann Koch, Arbeitgeber.

**Die feindlichen Kollateure.** Der Drochsenhändler Albrecht klagt gegen die Drochsenbesitzer Eheleute Blümel auf Zahlung von 36 Mark Entschädigung wegen kündigungsjähriger Entlassung und Rückzahlung von 8 Mark zwei gezahlter Kranken- und Invalidenbeiträge. Der Beklagte Ehemann B. bestreitet die ganze Forderung und behauptet, Kläger sei mit Ausschluss der Kündigung angenommen. Da Kläger den ihm vom Gewerbegericht zugesprochenen Eid leistet, erfolgt die Verurteilung des Beklagten Ehemannes B. zur Zahlung von 42 Mark an den Beklagten, da es unzulässig ist, für mehr als zwei Zahlungsperioden Beiträge abzugeben. Die Klage gegen die Ehefrau Blümel wird aber vollständig abgewiesen, weil nach der Begründung des Gewerbegerichts nicht die Frau, sondern in diesem Fall der Mann als Arbeitgeber anzusehen ist, an den sich Kläger halten müsse; dabei werden die Kosten zur Hälfte dem Beklagten zur andern Hälfte dem Kläger zur Last gelegt, wodurch letzterer in die eigentümliche Lage kommt, Gerichtskosten zahlen zu müssen, trotzdem ihm seine Forderung, abzüglich von 2 Mark, vom Gewerbegericht zuerkannt ist.

**Lehrlingsausbeutung in der Küche.** Die Mutter des Kochlehrlings Gustaf klagt gegen den Metzler Witz u. Co. auf Aufhebung des Lehrvertrags für ihren Sohn und Rückzahlung des Lehrgelds zur Hälfte. Die Forderung wird damit begründet, daß die Arbeit zu schwer und die Arbeitszeit zu lang ist. Festgestellt wird durch einverständliche Zeugen, daß der erst 15 Jahre alte Lehrling von morgens 8 Uhr bis nachts um 12 Uhr regelmäßig, mühsamer aber auch darüber hinaus, arbeiten mußte. Die 16- bis 18stündige Arbeitszeit hielt der jugendliche Körper nicht aus. Der Vertreter des Beklagten ist zwar mit der Aufhebung des Lehrvertrags einverstanden, will aber aus Prinzip von dem empfangenen Lehrgeld nichts wieder herauszahlen. Nach langer Verhandlung kommt es zu einem Vergleich, nach dem er an die Klägerin 25 Mark zurückzahlen soll. Der Vergleich ist für beide Parteien innerhalb 8 Tagen widerruflich.

**Ein unbilliges Verlangen stellte die Firma G. Schulz.** Majchinenfabrik, an drei ihrer Formen. Diese sollten vom 24. Dezember bis 2. Januar ausgeben und dann weiterarbeiten. Am 29. Dezember sollten sie ihr Geld für den 22. und 24. Dezember in Empfang nehmen, was auch geschah. Sie wurden aber dann entlassen. Das wollen sie sich nicht gefallen lassen, sie verlangen nun für die Zeit, bis zu der die Spinnere einbezahlt wurden, für jeden Tag 5 Mark Entschädigung. Eine solche konnte aber nur dem einen Kläger, Sippert, in der Höhe von 15 Mark für 3 Tage zuerkannt werden, während die beiden andern Kläger vollständig abgewiesen wurden, weil sie einen Beweis unterrichten hatten, daß sie keine Forderung an die Beklagte haben.

**Das väterliche Zuchtmaß.** Die Mutter des Barbierlehrlings Herrmann klagt gegen den Barbierherrn Richter auf Aufhebung des Lehrvertrags wegen Mißhandlung ihres Sohnes. Zur Unterstützung der Klage ist ein ärztliches Attest beigelegt, in welchem die Mißhandlungen und deren sichtbare Spuren festgestellt werden. Der Beklagte verweigert sich ganz entschieden dagegen, das väterliche Zuchtmaß überhört zu haben, trotzdem feststeht, daß der Lehrling den Sohn der Klägerin mit einem jugendlichen Lehrling verhandelt hatte, wobei auch aus Versehen ein Hieb den Kopf und das Ohr des Lehrlings getroffen hat. Die Klage wird vollständig abgewiesen, weil die Forderung, das dem Lehrling zustehende Zuchtmaß nicht abzuwehren habe, und der Hieb auf den Kopf nicht mit Absicht, sondern nur aus Zufall an die richtige Stelle kam. Es kann also weiter geprüft werden.

### Provinz und Umgegend.

**Barleben, 16. Januar. (Betriebsball.)** Dem Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma D. Hiele u. Holzhausen hier ist durch Anschlag an der Tafel bekannt gegeben, daß am 28. Januar ein gemeinschaftlicher Ball im Lokal der Frau Meier stattfinden soll, wobei jeder 50 Pfennig zu entrichten hat. Die Firma beanstandet also einen Ball und die Arbeiter tragen die Kosten. Doch wir haben der Betriebskassa der Firma D. Hiele u. Holzhausen zu: Laßt euch nicht davon mit jenen Worten, organisieren auch, zeigt der Firma, daß ihr nicht ein geringfügig für die traurigen Söhne, die dem geschah werden, auch entschuldigen zu lassen. Fremdenkassa von 150 Mark, für Januar bis zu 13.90 Mark herab, sind an der Tagesordnung. Hier wäre es besser, wenn die Arbeiterkassa Hand anlegte und die Kosten der Firma möge die Arbeiterkassa davon bestreiten, daß was weiter kein Sozial, als das Gewerkschaftshaus zur Verfügung steht. Wenn die Herren diese weiter wollen, mögen sie es tun: die Arbeiterkassa steht bereit. Die Herren Meier und das Kommando werden am morgigen Sonntagabend schon ein festliches Programm aufstellen. Dieser wäre es, wenn die Arbeiterkassa am Tage der Ball die Arbeit machen sollte, ihr Wohlwollen anzudeuten und sich dem Betriebskassa zur Verfügung stellen. Sie würden sich damit selbst und der Betriebskassa: Barleben einen großen Dienst erweisen.

**Burg, 16. Januar. (Eine Generalversammlung der allgemeinen Ortskrankenkasse findet an diesem Donnerstag, statt, die Vertreter sind hierüber nochmals aufmerksam gemacht. U. a. steht auch auf der Tagesordnung: Wort an d. w. a. l.)**

— (Die Ortskrankenkasse) der Fäbber, Müller und Gerber hält diesen Sonntagabend in der „Steinhäuserhalle“ ihre Generalversammlung ab. Die Vertreter mögen eine rege Beteiligung als Pflicht ansehen. —

### Vermischte Nachrichten.

\* **Der Ober.** Das scheinliche Wort „Ober“, das in Berlin das gubelnde Wort „Kellner“ längst verdrängt hat, gibt einem Mitarbeiter der „Völkischen Zeitung“ Anlaß, dem Ursprung und der Entwicklung des „Ober“ nachzuspüren. Wann und wo ist der Ober zur Welt gekommen? Ganz sicher in einem Berliner Nachtcafé morgens um vier, wo ein beschwipster Klinger des Mars nicht mehr die Kraft fand, den Oberkellner bis zu Ende zu buchstabieren und nach dem Ober lallend aufs Sofa zurückzufallen. Zuerst fand dann der Ober als Witz Nachahmung. Eines Tages legte ein Gast, der gern besser und schneller bedient sein wollte als sein schäbiger Nachbar, in den Ober eine gewisse leistungsfähige Vertraulichkeit; der Ober wurde von „Samb“ an zu einem Gegenständigkeitskontrakt: schnelle und gute Bedienung gegen einen hochhonorierenden Titel. Die Kellner gingen auf den Leim, fanden heraus, daß im Worte Kellner ein Erdbeereit von Slaventum steckt, und empfanden den Ober als Standeshöherung. Dann nahmen die Berliner Geschäftstreibenden den Ober mit auf Reisen. Da nun aber außer dem Oberkellner auch noch andre Kellner öfter einen anständigen Grad und einen Schnurrbart tragen, so kam der Ober nach und nach auf den — sagen wir: betriebe auf den Piccolo, und das geschieht diesem Wechselbalg von einer Wortbildung ganz recht: der Ober ist heute ordinar, ohne aufgehört zu haben, sprachlich greulich zu sein. Kein französischer Kellner, und ist er alt wie Methusalem und dient er im Café Reich, fühlt sich durch den „Burschen“ oder „Straben“ (Garçon), kein englischer durch den „Wärter“ (Waiter), kein russischer durch den „Menschen“ entehrt. Und dabei ist Kellner ein so hochanständiges, gutes deutsches Wort, gleichviel, ob man es von Kellner oder poetischer und richtiger vom Weinfeller ableitet. Der Kellner hat in dem Ober seinen Begriff, seine Wesenheit, sein Un-und-für-sich-sein eingebüßt.

\* **Ein „Näher“ Jubiläum.** Die denkwürdige erste Aufführung von Schillers „Näher“ fand vor 125 Jahren, am 19. Januar 1782, in Mannheim statt. Freiherr v. Dalberg hatte sich zur Aufführung des Stückes, das in erster Auflage anonym und auf Kosten des Dichters erschienen war, nur unter der Bedingung tiefergehender Veränderungen entschlossen. Die „umgeschmolzenen Näher“, wie Schiller sagte, sollten eigentlich schon am 10. Januar 1782 auf die Bühne kommen, aber das war zufällig der Geburtstag der Gräfin Franziska, bei dessen Feier keine Militärperson, also auch nicht der Regimentsmedikus Schiller fehlen durfte. Der Dichter, der sich auf die erste Aufführung seines genialischen Jugendwerkes „wie ein Kind“ freute, kam ohne Urlaub von Ludwigsburg nach Mannheim hinüber. Nur sein Freund Peterlen begleitete ihn. Es war ein Ereignis, das schon damals als solches empfunden wurde; heute doch schon die Buchausgabe wie ein Witz eingeschlagen. „Aus der ganzen Umgegend“, so berichtet Streicher, „aus Heidelberg, Darmstadt, Frankfurt, Mainz, Worms, Speier waren die Leute zu Fuß und zu Wagen herbeigeströmt, um dieses herrliche Stück, das eine außerordentliche Popularität erlangt hatte, aufzuführen zu sehen.“ Der Anfang war auf 5 Uhr festgesetzt. Der Jubel war so gewaltig, daß viele Schaulustige ohne festen Platz schon von 1 Uhr ab im Theater ansharrten. Wenige Minuten, ehe der Vorgang aufging, trat Schiller in seine Loge ein. Außer Dalberg, den Schauspielern und dem Buchhändler Schwan mußte niemand von seiner Anwesenheit. Dalberg hatte die besten Kräfte gewählt und etwa 1000 Mark auf die Ausstattung verwendet. Die Wirkung steigerte sich von Szene zu Szene. Völlig gab den Karl Moor mit aller Leidenschaft, auch Weil und Bed als Schweizer und Kosinsky waren ausgezeichnet. Doch alle überragte Jffland als Franz Moor, er übertraf die höchsten Erwartungen des 22jährigen Dichters. Der Beifall hatte sich in den ersten Akten noch in Schranken gehalten; in der zweiten Hälfte des Stückes aber schwall er immer gewaltiger an, in der Tumultuose steigerte er sich zu brausendem Donner, und am Schluß umstürzten wahre Stürme den unerkannten Dichter. Nach der Vorstellung brachte Schiller den Abend in geschehener Stimmung mit den Schauspielern zu. Erst am nächsten Tage reiste er zurück. Noch war seine Seele voll von den gewaltigen Eindrücken dieser ersten Aufführung. Am 17. Januar schrieb er an Dalberg: „Wachstet habe ich sehr vieles, sehr vieles gelernt, und ich glaube, wenn Entschuldig einig einen dramatischen Dichter in mir findet, so muß ich die Epoche von der vorigen Woche zählen.“

### Essen und Trinken.

Auch das Essen und Trinken hat seine Geschichte. Nicht nur die Art der Zubereitung der einzelnen Speisen und Getränke verändert sich im Laufe der Zeiten, sondern auch Erzeugnisse des Tier- und Pflanzenreichs, die in der Gegenwart beliebte Nahrungsmittel und Genussmittel sind, haben in früheren Zeiten keine Verbreitung gefunden, während andererseits vieles, was im Altertum mit Wohlbehagen verzehrt wurde, heute untern Völkern erregt. Die Wahl, Zubereitung und Zusammenfügung der Speisen hängt von mancherlei Umständen ab: von der Herrschaft eines Volkes über die Natur, von seiner Fähigkeit, die Naturerzeugnisse zu bewerten, von seinem Verkehr mit andern, in andern Zonen lebenden Völkern, von den Besitztümern der Schiffahrt, des Verkehrs überhaupt usw. Einen interessanten Überblick über den Wechsel der Nahrungs- und Genussmittel im Laufe der Jahrtausende hat Edward Hoode in der Zeitschrift „Natur und Offenbarung“ gegeben, aus dem unter andern hervorgeht, daß die Quantität der Speisen und Getränke in früheren Zeiten eine größere Rolle spielte als heutzutage. Man hielt den ganz erkranklichen Menschen von Tieren, die ihr Leben lassen mußten, wenn ein Großer keine Hefe oder irgend ein andres Brot feiern wollte. Auf der Gasse von Würtemberg, der um das Jahr 1800 lebte, wurden nicht weniger als 136 Schafen und 150 Hälften gegeben, und als Weibchen von Cranic im Jahre 1475 betraute, wurden von den 600 Hochzeitsgästen außer Fleisch 5000 Schafel Weizen und 8000 Schafel Roggen verzehrt und 3600 Eimer Wein mehr 1600 Fassern Bier ausgetrunken. Die Massenverteilung von Speise und Trank ist ein Merkmal der rohesten Zeiten, doch war dem Raumerweiser die Befriedigung seines Appetits über die Grenzen des Bedürfnisses eine der wenigen Irrtümer des Vermögens, während die Unmäßigkeit und Völlerei in neueren Zeiten bloß ein Zeichen der Freude sein soll. Im Gegensatz zu den Römern waren die alten Deutschen im allgemeinen im Essen mäßig. Wenn sie an Festtagen ein übriges taten, so geschah dies eben nur ausnahmsweise nach der harten Arbeit des Alltags. In Rom dagegen wurde, wenigstens den vornehmen Leuten, jeder Tag ein Fest, und das Essen war nicht mehr Mittel zum Leben, sondern Lebenszweck. Es war eben um das Jahr 170, als die Römer anlangten, daß mit der großen Zahl ihrer Väter nicht mehr begnügen zu wollen und ein ausgedehntes Stadium der Kochkunst zu betreiben begannen. Nicht der Geschmack der Speisen, sondern ihre Eigenart und Ansehen für den Besessenen bestimmten ihren Wert. Man sah den Pfau um seiner Schönheit, Nachzügellagerungen um ihrer Kostspieligkeit willen. Die Unternehmungen des Lucullus behufs Vereinerung seiner Zechen und die unerschöpflichen Geldverderber, die er der Befriedigung seiner eigentümlichen Gellüste brachte, sind zur Genüge bekannt. Dem hand der kühnste Galba nicht nach, der zur Einweihung einer kleinen Schänke, die ihm 170 000 Mark gekostet hatte, auf ihr ein Mittag aus Lebern von Meerestieren, Gehirn von Katzen und Hämern und Jungen von Flamingos jertieren ließ, zu deren Herbeischaffung man die ganze römische Flotte in Bewegung gesetzt hatte. Sittlich verabscheut mit Essen in tiefen

Monaten 120 Millionen Mark. Dem Kaiser Verus kostete ein einziges Ubenessen für 12 Personen 750 000 Mark. Diesen Tatsachen gegenüber lassen die Berichte die alten Deutschen recht anspruchslos erscheinen. Ihr Lebensunterhalt bestand, wie Tacitus erzählt, aus Milch, Käse und Fleisch. In einer Beziehung haben sie sich aber von jeher unmäßig erwiesen, nämlich im Trinken. Ohne Trinkgelage konnten sie sich keine Zusammenkunft, kein Fest, keine Freude, keinen Gottesdienst, ja sogar keine Wonne im Feiern denken. Zuerst tranken die alten Deutschen Meth, eine Art primitiven Bieres, später fand durch Vermittlung der Römer der Wein bei ihrer Eingang, der dann eine sorgfältige Pflege erfuhr. Das eigentliche Bier stammt aus der Zeit der Völkerwanderung. In einer Urkunde aus dem Jahre 768 werden zuerst Gopfgärten erwähnt. Die Kunst des Bierbrauens lag ursprünglich in den Händen der Mönche; erst allmählich bemächtigten sich ihrer die Bürger. Im 14. Jahrhundert bildeten sich die Bräuer der Bierbrauer. Umgekehrt um dieselbe Zeit zeigte auch der Speisestapel eine Annäherung an die moderne Küche. In Frankreich war die Mutter schon am Anfang des 15. Jahrhunderts bekannt. Wir erfahren, daß der Papst Benediktus 13. dem Reich der Königin Anna von Bretagne erlaubte, während der Fastenzeit Butter zu essen, wenn gewisse Spenden entrichtet wurden, die man meistens zum Bau von Kirchen und Klöstern verwendete. Der Zucker hatte bereits im 12. Jahrhundert durch die Kreuzfahrer in Europa Verbreitung gefunden, die Verbreitung des Kaffees begann im 15. Jahrhundert von Persien aus, doch lernte man dies Getränk erst im 17. Jahrhundert in Deutschland kennen und schätzen. Eine nicht uninteressante Tatsache hat die Kartoffel, die erst im letzten Viertel des 16. Jahrhunderts nach Europa eingeführt wurde. Die ursprüngliche Heimat der Kartoffel soll nach Alexander v. Humboldt Chile sein. Als die Spanier nach Amerika kamen, fanden sie schon eine geregelte Anpflanzung der Kartoffel vor. Einige behaupten, daß die Spanier es waren, die dies Gewächs zuerst nach Europa gebracht haben; andre schreiben dies Verdienst dem Admiral Raleigh, wieder andre dem Franz Drake zu. Der Einführung der Kartoffel standen manche Schwierigkeiten im Wege. Die Bevölkerung weigerte sich anfangs, sie als Nahrungsmittel für Menschen anzuerkennen. In Württemberg bezeichneten die Bauern die Kartoffel als „Wiefutter“ und wußten die Samen nachts wieder aus den Furchen. In Schleien nannten die Bauern die Kartoffel, die die Anpflanzung des neuen Gewächses empfahlen, „Knollenprediger“, in Frankreich gelang es erst durch eine List, den Widerstand der Bevölkerung zu brechen und der Kartoffel zur Anerkennung zu verhelfen. Der Chemiker Parmentier packte nämlich in der Nähe von Paris große Strecken Land und bepflanzte sie mit Kartoffeln, dann ließ er unter Trompetenklang besamt geben, daß jeder, der beim Diebstahl der fremden Gewächse erfaßt würde, mit dem Tode bestraft werden sollte. Den Tag über wurden die Felder bewacht; in der Nacht aber mußten sich die Aufseher laut Weisung entfernen, und nun begannen die Leute, deren Neugierde erregt war, wie die Raben zu stehen. Nach kurzer Zeit war die Kartoffel über ganz Frankreich verbreitet. Gegenwärtig wird die Kartoffel in allen Ländern Europas gepflanzt und mit Vorliebe gegessen.

### Kleine Chronik.

Den Seinen nimmt's der Herr im Schlaf. Eine Diebesbande, die schon zahlreiche Einbrüche in Pfarrhäuser und Kirchen verübt hat, stieg in das Haus eines Pfarrers in Mühlheim a. Rhein ein und stahl dem Pfarrer 3500 Mark.

Das blutige Drama in Sibed. Der frühere fortschrittliche Reichstagsabgeordnete und Worfürher des Sibirer Bürgervereins, Direktor der Lübecker Kommerzbank, Stiller, hatte vor etwa zwei Jahren als Pflegerin seiner gemütskranken Frau die 33jährige Bettel-Schulze aus Salzwedel ins Haus genommen. Diese verfolgte fast von Beginn ihrer Tätigkeit als Pflegerin Herrn Stiller mit Liebesanträgen. Der Direktor ist ein Mann von 62 Jahren. Die Schulze mußte schließlich aus dem Hause entfernt werden. Aber auch dann noch ließ sie nicht nach, Stiller mit ihren Anträgen zu belästigen. Als alles vergeblich blieb, begann sie, ihn mit ihrem Haß zu verfolgen. Vor etwa acht Wochen erschien sie plötzlich vor der Börse und machte dem St. im Weissen zahlreichere Börsenbesucher eine furchtbare Szene. Kurze Zeit darauf reiste sie nach Dresden ab. Am Montag abend kehrte sie nach Lübeck zurück. Sie lauerte dem Stiller auf dem Wege zur Bank auf. Das Gesicht hatte sie mit einem dichten Schleier bedeckt. In der Mühlenstraße, einer der Hauptstraßen Lübecks, stieß sie auf Stiller, der mit Senator Rabe des Weges kam. Sie trat auf den Mann, lösen zu und schoß ihm eine Kugel durch das linke Auge ins Gehirn. Stiller sank ohne einen Laut zu Waden. Er war sofort tot. Hierauf versuchte die Attentäterin die Flucht, doch verfolgte sie Senator Rabe. Nunmehr drehte sie sich kurz herum und schoß sich vor den Augen des Senators eine Kugel in die Brust, die nach etwa 15 Minuten auch ihren Tod herbeiführte. Unser Lübecker Parteilich bemerkt zu der Tat das Folgende: Die Beweggründe der Tat sind bisher noch nicht aufgeklärt. Bekannt ist nur, daß die Wöberrin bereits früher auf offener Straße den Bankdirektor Stiller als Schuft und Gauner bezeichnet hat und daß diese Angelegenheit gegenwärtig die Staatsanwaltschaft beschäftigt. Fräulein Schulze, die sich zuletzt in Dresden aufgehalten hatte, wurde gerichtlich geahndet. Der auf so tragische Weise aus dem Leben Geschiedene hat sich vielfach öffentlich betätigt; für die Arbeiter hatte er jedoch nie ein Herz, und an dem Wahlrechtsraub in Sibed, der die minderbemittelte Bevölkerung mildernden Rechts machte, hatte er seine besondere Freude.

### Vom Schicksal der Arbeit.

Auf der Feste Biendahlstank bei Barop wurden zwei Arbeiter durch herabstürzende Gesteinsmassen getötet und zwei schwer verletzt. — In einem Neubau in Oberhausen stürzte ein Gerüst ein. Sechs Arbeiter stürzten in die Tiefe, von denen vier schwer verletzt wurden. — Aus Mühlheim a. d. Ruhr wird gemeldet: Auf dem Thyffenschen Eisenwerk ist ein Arbeiter durch das Dedengewölbe in die glühende Asche des Gasochofens gestürzt. Er erlitt so schwere Brandwunden, daß er verstarb. — An der chemischen Fabrik in Bochum ist ein Gerüst eingestürzt. Drei Arbeiter erlitten schwere Verletzungen, die des einen tödlich.

### Der Staat als Mörder.

Der Eigentümer Ernst Meitwig aus Walkersdorf, der vom O. L. Schurgericht am 9. November 1906 zum Tode verurteilt worden war, weil er die achtjährige Tochter des Schmiedes Strauß vergewaltigt und ermordet hatte, wurde am Montag in Glad durch den Scharfrichter Schwiek aus Breslau hingerichtet.

### Eine neue Erdbeben-Katastrophe.

Die Haupt- und Hafenstadt der britisch-westindischen Insel Jamaica, Kingston, ist von einem schweren Erdbeben heimgegesucht worden, das die blühende Stadt in Trümmer legte. Viele Menschenleben sind verstorben. Das Rabel nach Kingston ist die dasjenige nach Panama über Jamaica ist unterbrochen. Der Landtelegraph bis auf eine Entfernung von 5 Meilen von Kingston ist wiederhergestellt. Auch die Kabelverbindungen nach den Bermuda-Inseln sind unterbrochen. Kingston zählt über 50 000 Einwohner und erhebt sich auf hügeligen Gelände an der Südküste der Insel am Großen Gaff Kingston ist der Hauptplatz für den auswärtigen Handel Jamaikas. Es ist der Sitz eines deutschen Konsulats. Außer den öffentlichen Gebäuden besitzt Kingston fast nur einförmige Häuser. Die Mehrzahl der Einwohner sind Mulatten und Neger. Das Erdbeben begann 8 Uhr 30 Min. nachts und dauerte



Es in den Nachmittag hinein. Die Gebäude wurden durch die Erdstöße zerstört oder beschädigt. Im Garnisonlazarett sind bei dem Einsturz desselben und bei dem sich entzündenden Feuer 40 Soldaten umgekommen. Aus St. Thomas wird berichtet, daß auch dort und in der Umgegend infolge des Erdbebens unter der Bevölkerung große Panik herrsche, die Bevölkerung kampiert unter freiem Himmel. Auf Anweisung des Marineamts der Vereinigten Staaten soll ein Geschwader zur Hilfeleistung nach Jamaika abgehen. Ferner soll Marine-Infanterie von Kuba nach Jamaika abgehen, um bei den Rettungsarbeiten zu helfen. Aus New-York wird weiter gemeldet: Auf der Insel Santa Ifig auf dem Mauna Loa ein schwerer vulkanischer Ausbruch er-

folgt. Vier neue Babastöhne haben sich gebildet. Der Ausbruch war von Erdstößen begleitet. — Lebendig begraben. In dem Dorfe Jegorowka im russischen Gouvernement Kula wurde ein offenbar scheintoter Bauer begraben, der noch in der auf sein Begräbnis folgenden Nacht erwachte und fürchtbar zu schreien begann. Die am Grabe vorübergehenden Bauern, die das dumpfe Geschrei aus dem des Frostes wegen nur ziemlich flach gegrabenen Grabe hörten, nahmen an, daß die Sünden des Verstorbenen ihm die Ruhe raubten und beschloßen, einen Pfahl aus Eichenholz in das Grab zu schlagen,

um den Schreier zu Stille zu bringen. Die Mehrzahl der Bauern wandte sich jedoch an den Priester, um die Genehmigung zu erhalten, den Begrabenen exhumieren zu dürfen. Diese Genehmigung verweigerte der Priester, und die Bauern wandten sich an den Revierpolizisten. Darüber vergingen zwei Tage. Als das Grab am Abend des zweiten Tages geöffnet wurde, fand man den Scheintoten in einem ganz fürchterlichen Zustand, mit blutenden Extremitäten, gebrochenen Fingern und schneeweißem Haare. Der Abtündige Aufershalt im Grabe, zu dem der Luftzutritt durch die lose aufgeschüttete Erde nicht behindert war, hatte aus einem jungen Menschen einen hinfälligen Greis gemacht.

# Vier große öffentliche Versammlungen der Wähler Magdeburgs

finden statt:

**Mittwoch den 16. Januar**, abends 8 Uhr, im „Weissen Hirsch“, Friedrichplatz 2, und in der „Krone“, Moldenstrasse 43/45  
**Donnerstag den 17. Januar** in der „Zerbster Bierhalle“, Schöninger Str. 28,  
**Freitag den 18. Januar**, abends 8 Uhr, im „Choreum“, Schönebecker Strasse 127.

In allen Versammlungen spricht:

**Reichstagskandidat Stadtverordneter Pfannkuch - Berlin über die Reichstagswahlen.**

Im „Weissen Hirsch“ und in der „Krone“ referieren ausserdem Brandes und Klees.

Freie Diskussion. Die Anhänger aller Parteien sind hierzu eingeladen.

Das Wahlkomitee der Sozialdemokraten Magdeburgs.

# Lange & Münzer

Breiteweg 51a.

Im Inventur-Verkauf **enorm billig!**

- Stickereien
- :: Spitzen ::
- :: Bänder ::

## Seiden-Reste

jetzt

Serie I	Serie II	Serie III
25	50	75
Pfennig	Pfennig	Pfennig

**Romane**  
zu verkaufen Erandberg Nr. 23  
Eleg. Maskenanzug zu verkaufen od. zu verleihen Dorotheenstr. 16, II.

**Zirkus**  
Donnerstag, Freitag und Sonnabend (letzte der Auf-führungen)  
**Die Mädchenverführer.**  
Großes Sensationsstück in 4 Akten von Carl Wald.  
Konrad Heuer Dir. Max Samst. Preise der Plätze wie bekannt.  
Sonnabend nachm. 4 Uhr  
**Tischlein deck dich, Eslein streck dich, Knüppel aus dem Sack.**  
Bauernmärchen in 4 Akten.  
Erwachsene auf allen Plätzen 20 Pf., Kinder 10 Pf.

Guten Privatmittagsstisch, Oben-sterder Str. 45a, H. Döhning.  
Eine Laube n. Gartenbau-vert. Wasserumstr. 30, v. 2 Tr.  
Klebbücher u. Bücher kauft Kaiser, Kl. Schulstraße 14, 1 Tr.  
Bitte bei Bedarf mich als An-fänger zu berücksichtigen. 2747  
Schneider-Reparaturwerkstatt G. Briest, Burg, Gr. Hof 4.  
**Burg**  
**Einladung**  
zu der am Sonntag d. 27. Januar, nachm. 3 Uhr, im oberen Saale des Konzerthauses stattfindenden ordentlichen **Generalversammlung der II. Sterbekassen-Gesellschaft zu Burg.** 2710  
Tagesordnung:  
1. Rechnungslegung für d. Jahr 1906.  
2. Bericht der Revisoren und Ent-laffung des Vorstandes.  
3. Wahl für die auscheidenden Vor-standsmitglieder und der Revisoren.  
4. Sonstige Kassenangelegenheiten.  
Um recht zahlreiches Erscheinen bitten  
Der Vorstand.

**Baumgärtners Masken-Verleihinstitut**  
befindet sich in diesem Jahre Goldschmiedebrücke 5  
zu bekannt billigen Preisen  
Große Auswahl in Dominos und Kostümen  
**Fernersleben.**  
**Sozialdemokratischer Verein.**  
Freitag, 18. Januar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Emil Stiller  
**Großer humoristischer Abend der Volksänger - Gesellschaft**  
**Strozelewicz**  
Neues, den Reichstagswahlen angepasstes Programm. Programme, im Vorverkauf 25 Pf., sind bei allen bekannten Partei-genossen zu haben. An der Kasse 30 Pf. Schulpflichtige Kinder 10 Pf. Der ev. Ueberschuß fällt dem Wahlfond zu.  
**Stadt-Theater.**  
Donnerstag den 17. Januar 1907  
**Die lustige Witwe.**  
Sonntag nachmittags 3 Uhr  
Der Widerspännigen Zähmung.

**Monopol-Theater**  
Kaiserstraße 21, „Kaiserhof“  
**Lebende Photographien.**  
Jede Woche neues Programm!  
Klare, scharfe Bilder!  
Entree 30 Pf. Entree 30 Pf.  
Kinder die Hälfte. 2682

**Walhalla.**  
Ab-Mittwoch, 16. Januar  
**Neuer weltstädtischer !! Spielplan !!**  
Nur erstklassige Spezialitäten.  
Küchenzettel  
der Magdeburger Volksküche  
Gr. Marktstraße 21.  
Donnerstag: Linsenuppe mit Schweinefleisch.  
Freitag: Kartoffelbrei mit Deber.

Als Schneiderin empf. sich i. u. a. d. S. M. Gante, Wolfenbüttler Str. 3.  
**Heute Donnerstag Frische** 2432  
**Wurst**  
Christian Siemens, Burg.  
**Städtisches Orchester**  
**Hofjäger** 2744  
Montag den 21. Januar 1907  
abends 8 Uhr 2406  
**Grosses Volkskonzert.**  
Leitung: Kgl. Musikdirektor Joseph Krug-Waldsee.  
**Eintrittskarten**  
im Vorverkauf . . . . 20 Pf.  
an der Kasse . . . . 30 Pf.



Bedeutende Preisermäßigung in allen Abteilungen.

# Grosser Inventur-Räumungs-Verkauf

Ein Pelz-Stolas  
Posten

Bazar-Magdeburg

Jakobs- und Peterstrassen-Ecke. Filialen: Sudenburg-  
Buckau. Wilhelmstadt. Neustadt. Gross-Ottersleben.

Seal Rasé halblang Wert 3.50 4.45 7.95 10.75 25.50  
Inventurpreis 2.48 3.35 6.25 8.28 17.35

Seal Bisam Wert 18.50 26.50 38.50  
Inventurpreis 12.65 20.45 27.50

Nerzmurmel u. Nutria Wert 7.50 9.75 12.50 19.75 33.50  
Inventurpreis 5.95 6.25 8.75 14.75 23.65

Tibet weiß und schwarz Wert 16.50 18.50 19.50  
Inventurpreis 11.25 13.50 15.20

Moufflon weiß und farbig Wert 10.75 18.75  
Inventurpreis 8.28 13.75

Astrachan imitiert Wert 1.75 2.48 3.50 7.50  
Inventurpreis 1.25 1.52 2.68 5.50

Kinderboas u. Garnituren bedeutend unter Preis.

Wir bitten um Besichtigung unsrer 22 Auslagen.

## Butter!

Da der Konsum in Butter im Monat Januar stets wesentlich kleiner ist als gewöhnlich, so erhalte ich jetzt von sämtlichen Molkereien sehr bedeutende Zufuhren und ermäßige folgedessen den Preis für

allerfeinste Molkerei-Butter  
Spezialmarke „M. N.“ auf

130 Pf. p. Pfd. mit 5 Proz. Rabatt  
(netto also 123 1/2 Pf.)

feinste frische Molkerei-Butter kostet  
125 Pf. p. Pfd. mit 5 Proz. Rabatt  
2732 (netto also 119 Pf.)

A. H. Völker Butterhandlungen  
Fernsprecher 1406

Jakobstr. 5, Jakobstr. 21, Jakobstr. 26  
Grünearmstraße 9/10, Breiter Weg 252 und  
Wilhelmstadt, Butterhandlung „Alpenrose“,  
Annasstraße 22.

Nur Breitweg 168 :: Nur!  
— Im „Bodensteiner“ —

Nur Breitweg 168 :: Nur!  
— Im „Bodensteiner“ —

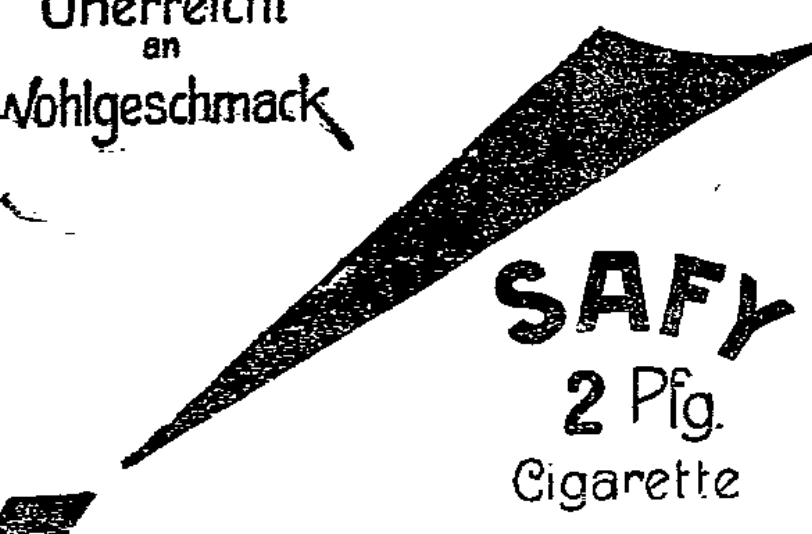
## SAMSON & Co.

Photographisches Atelier 2715

## Ausnahmepreise

Täglich, auch Sonntags, den ganzen Tag geöffnet.

Unerreicht an Wohlgeschmack



SAFY  
2 Pf.  
Cigarette

Cigarettenfabrik TUMA-Dresden gegr. 1876.

Kaufe Kanarienvogel und weibchen jeder Posten. Bezahlt. Vögel 3.50 bis 6.00 Mk., im Weibchen 60 Pf., bei 25 Stück 75 Pf. 12633  
J. Tischler, Annasstr. 25, I.

**Luhns**  
wäscht  
am besten

Frühergeleitet vom Grabe meines lieben unvergesslichen Mannes, unfers guten Vaters, des Schlossers

### August Schultze

lege ich allen denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, vor allem seinen Kollegen bei der Firma Koch, Bantelmann u. Pasch, der Wagenbauwerkstätten, der Kleinen Schuhmacher-Beigabrisstasse und dem Deutschen Metallarbeiter-Vereins meinen herzlichsten Dank.

Zu Namen der Hinterbliebenen  
**Lina Schultze**  
geb. Hoffmann.  
1084

Deutscher Metallarbeiter-Verband.  
Verwaltung Magdeburg.

### Nachruf.

Bestattet teilen wir mit, daß am 2. Januar unser Kollege, der Schmied

### Gottfried Kretschmer

55 Jahre alt, an einem Nierenleiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Verwaltung.

### Todesanzeige.

Am Dienstag früh starb nach kurzem schweren Leiden mein innigstgeliebter Vater, der Zigarrenfabrikant

### Fritz Müller

im Alter von 60 Jahren. Um stille Teilnahme bittet die trauernde Tochter

### Emmi Müller.

Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 4 Uhr, von der Kapelle des neuen Sudenburger Friedhofs aus statt. 1083

### Todesanzeige.

Am Dienstag, 15. Januar, zwischen 3 und 4 Uhr, fand unser Genosse

### Albert Hänsel

infolge eines Unglücksfalls seinen Tod durch Ertrinken in der Elbe. Ein allzeit ehrendes Andenken bewahrt ihm

### Der Sozialdemokr. Volksverein

filiale Troste.  
Die Beerdigung findet vom Trauerhause aus statt. 2748

### Standesamt.

Magdeburg-Mittelstadt, 15. Januar. Aufgebote: Bootsm. Gustav Adolf Köhler in Schönebeck mit Minna Berger in Aken. Kaufmann Max Kunze mit Ida Giffan. Schreiner Adolf Adernann mit Bertha Winterberg. Techn. Lehrer Paul König mit Elli Bernhardt. Schuhmacher Chr. Karl Philipp Koch in Cagersteden mit Maria Marie Wöhe in Bahrendorf. Antsch Hermann August Below in Aken. Weddigen mit Emma Dorothée. Zimmerer hier. Oberbootsmannsmaat Ernst Bruno Hiesel in Wilhelmshaven mit Johanne Pauline Frieda Lübke hier. Oberarzt Dr. Karl Franke hier mit Alice Schmidt in Jech. Tischler Otto Kersten

mit Emilie Graf. Arbeiter Karl Wallenda mit Emmi Schmidt. Stoyer Karl Gauß hier mit Minna Luise Lina Oberbeck in Hameln. Landwirt Albert Hübner hier mit Rosa Helmut in Rothensee. Postbote Friedrich Dörge mit Emma Stolle.

Chefchliehungen: Brauer Hugo Heber mit Luise Gutshaidt. Schreiber Max Schäfer mit Rosa Ehrlich. Schlosser Paul Lincke mit Emma Schwarzlose geb. Schacht. Gastwirt Paul Grünwald mit Hedwig Joelsch. Kellner Gustav Fischer mit Martha Simon. Kellner Hermann Schmidt mit Pauline Döppich.

Geburten: Martha, T. des Arbeiters Richard Herrmann. Elisabeth, T. des Zäitlers Hermann Winkelmann. E. des Kaufmanns Hermann Peters. Zengard, T. des Kaufmanns Gustav Lehning. Helene, T. des Hauswirts Joachim Schulze. Elisabeth, T. des Kaufmanns Friedrich Scherling. Ida, T. des Kaufmanns Friedrich Herzog. Willi, E. des Möbelschmieds Wilhelm Peters. Friede, T. des Monteurs Heinrich Ernst. Ema, T. des Postkassners Hermann Hobwitz. Margarete, T. des Küstlers Hermann Hoffmeister. Gerhard, E. des Lehrers Karl Otto Jemny.

Todesfälle: Witwe Luise Horn geb. Leuzcher, 63 J. 8 M. 17 T. Minna geb. Heimburg, Ehefrau des Arbeiters Karl Ludloff, 61 J. 3 M. 27 T. Schuhmacher Albert Landschulze, 54 J. 1 M. 14 T. Eisenbahnretier Eduard Bloßfeld, 50 J. 2 M. 11 T. Landwirtsch. Elene Friedrich Winter, 17 J. 5 M. 17 T.

Sudenburg, 15. Januar. Geburten: Arthur, E. des Eisenbahnarbeiters Karl Friedrich. Wilhelm, E. des Arbeiters Wilhelm Jippel. Käthe, T. des Straßenbahnschaffners Hermann Kiebig.

Todesfälle: Handlungsgesch. Gustav Holze, 28 J. 8 M. 2 J. Kellnerin Johanne Heise, 20 J. 1 M. Eisdreher Wilhelm Grunow, 53 J. 10 M. 19 T. Klempner Richard Peters, 26 J. 10 M. 25 T. Versicherungsbeamter Wilhelm Weber, 71 J. 11 M. 5 T. Kontorbote Karl Pfughaupt, 49 J. 6 M. 5 T.

Buckau, 15. Januar. Todesfälle: Arb. Albrecht Baertner, 26 J. 1 M. 3 T. Luise geb. Heller, Ehefrau des Willers Wilhelm Oberwald, 62 J. 2 M. 13 T.

Neustadt, 15. Januar. Aufgebote: Eisendreher Heinrich Altkbacher mit Martha Maria Wolny. Kaufmann Paul Georg Julius Vertrodt mit Anna Auguste Elisabeth Schenpuf. Arb. Walter Willi Kühne mit Emma Marie Koch.

Chefchliehungen: Brauer Wilh. Juppauer mit Luise Schroeter.

Geburten: Dora, T. des Arb. Otto Schmidt. Willi, E. des Küsch. Wilhelm Leue. Erich, E. des Arb. Alois Edolz. Else, T. des Steingutbrenners Heinrich Volkmer.

Todesfall: Frau Auguste geb. Gottschalk, 71 J. 10 M. 7 T.

Weserhüfen. Aufgebote: Arb. Peter Jasziowski mit Franziska Janowski. Schworniger, Glasmach. Karl W. Nagel mit Martha Auguste Bern. Chefchliehungen: Arbeiter Carl Schwart mit Anna Doroth. Kunst.

Geburten: Ernst Erich, des Fabrikarbeiters Gustav Gold. Axel Ostler, E. des Glasmach. Axel Fiegler. Anna, T. des Glasmachers Walter Heitmann. Erich Richard Rudolf, E. des Form. Ernst Sonntag. Otto Richard, des Arbeiters Johannes gen. Lu. Mündt. Hermann Karl Walter, des Schiffseigners Hermann C. Marie Anna Paula, T. des Ludw. Veder. Helene Margarete, T. des Schloss. Konrad Wittkow. Otto Gustav Friedrich, E. Klempners Otto Fiedler. Vert. Margarete, T. des Pferdebes. Jakob Aufgesski.

Todesfall: Bauarb. De. Schönwald, 42 J. 11 M. 25 T.

Uckerstein. Geburten: E. des Schweiß. Otto Licht. E. des Arb. Karl Kötz. E. des Inval. Friedrich Weigenbo. E. des Postkassners Karl Schu. E. des Eisenw. Ernst Sagar. Zwillingst. unehelich. T. unehel. Todesfall: Bergbau. Got. Niemann, 36 J. 5 M. 13 T.

Burg, 15. Januar. Aufgebote: Schneider Johann Moos in Gr. Behm mit Marie Kalkofen. Schriftf. Karl Gust. Adolf Herrmann mit Martha W. Denecke.

Geburten: E. des Landw. Viktor Schumann. E. des Schmieders Dito Teubert.

Todesfälle: Dorothee K. Klow. Bwe. des Arb. Christ. Sarköwing, 78 J. Berta Maria, T. des Schuhmachers Karl Kuntz. E. des Schuttm. T. Teubert, 1 T. Arbeiter Fried. Beyer, 75 J.

Halberstadt. Aufgebote: Arbeiter Joh. Tolassit mit Rosalie Döring, be. in Joppot. Handj. macher L. Reichert und Melanie Paker. T. phonist Willi Heins in Berlin. Elisabeth Gbe hier. Arbeiter Mich. Hausa in Gienstewo mit Ag. Klemezi in Bentlowo.

Chefchliehungen: Ba. mann Ferdinand Boghardt. Friederike Wittwig. Arbeiter Albert Dode mit Emma Blante.

Geburten: T. des Lokomo. freizers Friedrich Wirthsch. E. Kaufmanns Arthur Wiegand. unehel. T. des Maurers Karl Geart. T. unehel. E. des Hand. manns Friedrich Wolbing. T. Schneidemeisters Johannes Dietz. E. des Kaufmanns Karl Siema. E. des Werführers Wilhelm Taummann.

Todesfälle: Walter, E. Schneiders Paul Lindt, 2 J. Agn. T. des Schneiders Wilhelm Hoff. B. M. Hildegard, T. des Schloss. Wilhelm Mattfeldt, 17 T. Witt. invalide Karl Franerwitz, 66. Elisabeth, T. des Gärtners Karl G. 8 M. Dr. med. Fritz Prager u. Barnen, 44 J. Handj. macher Hermann Mühlenshoff, 78 J. 9. Kellan Wilhelm Nyford, 66 J.

Schönebeck. Geburten: Willi, E. Fabrikarb. Willi Weber. Otto, des Fabrikarb. Gustav Ludwig.

Todesfälle: Kaufm. Friedrich Diegel, 23 J. Kurt, E. des Fleisch. weichters Otto Leuzche, 5 M. Max, T. des Kaufm. Eduard Gullwasch, 2 J.

Staßfurt. Geburten: T. des Handels. Gustav Hellwig, T. des Arb. Fr. Sieg. Zwillingst. des Bäckerms. Richard Wötcher. T. des Berge. Paul Wehmann.

Todesfälle: Arbeiter K. George, 59 J. Heinrich Klümme. J. Frida Alose, 23 T.

## Inventur-Räumungsverkauf

zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen zum Teil zu und unter Selbstkostenpreis. Vollständiger Ausverkauf der noch vorrätigen

Winter-Paletots u. Ulster zu fabelhaft billigen Preisen.

Burschen- und Knaben-Paletots und Pyjacks Winter-Loden-Joppen — Wetter-Pelerinen

Herren-, Burschen- und Knaben-Anzüge Stoff-Jacketts, -Hosen, -Westen.

Die Vorräte in Abendmänteln, Golf-Capes, Golf-Paletots, Damen-Jacketts, Herbst- u. Frühj.-Mänteln müssen unbedingt getauscht werden, daher grenzenlos billig!

Damenblusen und Kostümröcke teilweise zu und unter Einkaufspreis! Das reduzierte Lager in

Pelzboas zu jedem annehmbaren Preise,

## Adolph Michaelis

Spezialhaus für Gelegenheitskäufe  
Ratswageplatz 1

vom Rathaus völlig getrennter Eingang  
Apfelstraße, erste Tür.



demokratie gerichtet, die um so ungerechter sind, da Sie in Ihren Versammlungen Sozialdemokraten nicht zu Worte kommen lassen. Wir werden selbstverständlich Veranlassung nehmen, Ihre unmotivierten Angriffe in einer am 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, stattfindenden öffentlichen Wählerversammlung in der „Zerbster Bierhalle“, Schönungerstraße 28, zurückzuweisen. Damit wir uns aber nicht desselben Unrechts schuldig machen als Sie, lade ich Sie zu dieser Versammlung höflich ein. Eigentlich bedürfte es der Erwähnung nicht, daß jeder Gegner in sozialdemokratischen Versammlungen volle Redefreiheit hat und für seine persönliche Sicherheit jede Garantie besteht. Ich will aber nochmals besonders betonen, daß wir Ihnen die ausgiebigste Redefreiheit zufichern und für einen guten reservierten Platz gesorgt ist.

Hochachtungsvoll  
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.  
Z. N.: Fr. Holzappel.

Die Sudenburger Genossen sind begreiflicherweise sehr gespannt, ob Herr Maßbach kommen wird. Daß er gehörig schimpfen kann, das wissen ja alle, ob er aber auch Mut genug besitzt, seine lügnereischen Behauptungen gegenüber den Angegriffenen zu vertreten, das soll er erst noch beweisen. Wie wird die Probe erdigen? —

## Jerichow I und II.

### Die Vafgeigen des Herrn Merten.

Herr Merten, der liberale Kandidat ohne liberale Gesinnung, glaubt, wenn er sich in einer Versammlung geäußert hat, seien die Besucher ebenfalls in liberale Delirien versetzt worden. So meldeten seine Trabanten vor einigen Tagen, daß in einem Dorfe alles in Herrn Mertens Programm „weg“ war, sogar der Herr Pfarrer mußte Herrn Merten recht geben. Jetzt müssen sich die Herren Freisinnigen, die überall den Himmel voller Vafgeigen sehen, folgenden kalten Guß über die erhitzten Köpfe gießen lassen: Dem „Burger Tageblatt“ ging folgende Berichtigung zu:

Tryppehna, 14. Januar. Zur Reichstagswahl. Der Wahrheit die Ehre! In der Beilage zum „Tageblatt“ vom 11. d. M. ist es so dargestellt, als treibe unsere Gemeinde im liberalen Fraßwasser. Diese Darstellung ist falsch. Im Gegenteil wurden die Wähler alle des liberalen Herrn Merten-Verluns gegen die Kandidaten von Herrn Pfarrer Rauch unter Zustimmung der fast vollständig versammelten Wähler unserer Gemeinde Tryppehna zurückgewiesen. Auch ist Herr Pfarrer Rauch durchaus nicht für die Kandidatur des Herrn Merten eingetreten.

Also genau das Gegenteil von dem, was die Mertensmänner behaupten. Sie vergaßen bei ihrem „Stimmungsbericht“ aus Tryppehna, daß es sich hier um eine nachkontrollierbare, gedruckte Nachricht handelte. Darum dieser Reinfall. —

### Konfervative Sitten.

Am Dienstag abend fand in Körbelitz eine konervative Wählerversammlung statt, die verhältnismäßig gut besucht war. Nach den üblichen von Volksfreundlichkeit triebenden Ausführungen des Herrn von Byern und einigen Worten eines älteren Herrn erhielt Genosse Wilhelm Haupt das Wort. „Über nicht zu lange!“ ermahnte der Vorsitzende der Versammlung, Herr Guttschloßer Schwaige-Körbelitz, unseren Genossen, ehe er noch begonnen hätte. Nun, dafür, daß Gen. Haupt nicht allzulange reden konnte, sorgte dieser würdige Herr selbst. Gleich nach den ersten Worten unterbrach er unsern Redner in heftiger Weise und als Gen. Haupt die zynische Tatsache feststellte, daß trotz der hohen Lebensmittelpreise die Löhne der städtischen Gutsarbeiter nur 12 Mark betragen, erhob sich ein ohrenbetäubender Lärm, der von dem Gastwirt Kefebbrand aus Woltersdorf durch Trampeln mit den Füßen eingeleitet wurde. Der Vorsitzende Schwache wollte nun feststellen, daß Genosse Haupt die Unwahrheit gesagt habe, doch riefen ihm einige Arbeiter zu: „Es ist doch wahr, wir verdienen nur 12 Mark.“ Nachmal als Genosse Haupt nun weiter reden wollte, entzog ihm der Vorsitzende einfach das Wort und erteilte — unsern Genossen Pistorius das Wort. Doch auch diesem wollte man nach kurzen sachlichen Ausführungen das Wort verbieten. Als er aber nun die Versammlung fragte: „Warum wollen Sie mir das Wort entziehen? Würde das ein gutes Licht auf Sie werfen?“ erhoben sich eine ganze Anzahl Stimmen, die da riefen: „Weiter reden usw.“ Und so gelang es dem Genossen Pistorius, daß er in ruhiger Weise circa eine Viertelstunde reden und so manche Klauerkung des Herrn v. Byern auf ihren wahren Wert prüfen konnte. Mit einer Aufforderung an die anwesenden Arbeiter, Handwerker, Lehrer und kleinen Landwirte, den sozialdemokratischen Kandidaten Wilhelm Haupt zu wählen, schloß Genosse Pistorius ab.

Herr Rittergutsbesitzer Brandt aus Woltersdorf hat einen sonderbaren Begriff von einer Wahlagitiation. Städter (insbes. Magdeburger) und Sozialdemokraten scheinen bei dem Herrn ein und dasselbe zu sein. Um zu beweisen, welche eigentümlichen Ansichten die Sozialdemokraten über das Land haben, gab er einige Ausführungen bekannt, die von mehreren hürgeerlichen Rednern in der Magdeburger Stadtverordneten-Sitzung gesprochen sind, und verlas sodann aus dem geographischen Schulbuch von Th. Henze: „Die Provinz Sachsen“ einen größeren Absatz, der wohl diese Ansicht unterstützen sollte.

Genosse Haupt verlangte nun noch einmal das Wort, aber da drohten der Vorsitzende und einige andre Herren mit „Aussetzen“, während die anwesenden Arbeiter dagegen protestierten. Als nunmehr Genosse Haupt unter großem Lärm der Versammlung verlangte, daß man ihm den Kontrakt über das Mieten des Saales vorlegen sollte, sonst gehe er nicht, schloß der Vorsitzende kurzerhand die Versammlung mit einem Hoch auf Herrn v. Byern, das von den Arbeitern mit Dampf erwidert wurde. Wir können uns wohl der Hoffnung hingeben, daß auch in Körbelitz unsere Stimmen zunehmen werden. —

Gracian-Pfarrer. Die zum Sonnabend den 19. Januar anberaumte Wähler-Versammlung findet erst Montag den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Lokale des „Bürgerhaus“, Magdeburg, Stephanstraße Nr. 33, statt. Da in der liberalen Versammlung, welche am Freitag den 11. Januar stattgefunden hat, Herr Merten hinter verschlossenen Türen sprach und in der Versammlungszuge zu lesen war: Sozialdemokraten haben keinen Zutritt, machen wir hierdurch darauf aufmerksam, daß in unserer Versammlung freie Diskussion stattfindet und jeder Gegner hiermit eingeladen ist. Referent ist Stadtverordneter Wilhelm Haupt, unser Reichstagskandidat. Recht reger Besuch ist erwünscht. —

## Galbe-Wischerleben.

### Schiffer in Wischerleben.

Am Montag fand im „Alten Schützenhaus“ eine öffentliche Versammlung der „vereinigten“ liberalen Parteien statt. Der Besuch war ein starker und bestand zur Hälfte aus Sozialdemokraten. Herr Schiffer hielt eine wohlklingende Rede, wobei er in rhetorischer Weise sein Bestes leistete. Anlässlich bot die Rede alles, was einem

„nationalliberalen Kandidaten“ zu versprechen möglich erscheint. Herr Schiffer glich dem „Rattenfänger von Hameln“. Wie liebliche Melodien klangen seine Worte. Jeder Stand, jeder Beruf solle in ihm einen Interessenvertreter finden. Das Zentrum und die Sozialdemokratie wurden als verbündete Vaterlandsfeinde bezeichnet. Der Kampf sei dieshalb mit aller Hestigkeit gegen diese zwei Fronten zu führen. Die soziale Fürsorge in Deutschland übertriffe bei weitem die in andern europäischen Ländern bestehende. Neben dem müsse auf diesem Gebiet nicht allein fortgeschritten werden, sondern es sei nötig, daß auch für die unteren Staatsbeamten bessere Lebensbedingungen geschaffen werden. Als würdiger Kämpfer stellte sich dem Herrn Schiffer der bekannte Gewerkschafter Langheinecke zur Seite. Zunächst sang er ein Loblied auf Herrn Schiffer. Dann erfolgte ein kühnendes Votum über die modernen sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die Mitglieder derselben übten den härtesten Terrorismus, um Mitglieder anderer Organisationen sowie nichtorganisierte Arbeiter in ihre Organisationen zu bringen. Gleichzeitig war das Mitglied des Gewerkschafts August Winter als Dekorationsstück auf der Tribüne mit ausgestellt. In der hierauf folgenden Diskussion erhielt zunächst der Genosse Albrecht auf eine halbe Stunde das Wort. Genosse Albrecht zeigte zunächst die wahren Gründe der Reichstagsauflösung. Alsdann legte Genosse Albrecht die prinzipielle Haltung der Sozialdemokratie in bezug auf die nicht bewilligten Gelder für Südwestafrika dar. Wenn Herr Schiffer die Sozialdemokratie als Vaterlandsfeinde bezeichne, so berühre das nicht mehr unangenehm; die Vertreter der Sozialdemokratie finden hierfür gerechten Ausgleich. Sind wir nach ihrer Meinung Vaterlandsfeinde, so werden wir bei den breiten Massen als Volksfreunde angesehen. Für die von Schiffer gemachten Versprechungen habe die nationalliberale Partei sich nie betätigt. Hierauf folgte Gen. Greiner, um die von Herrn Schiffer so viel gerühmte Sozialgesetzgebung in das richtige Licht zu stellen. Statt daß die Arbeiterchaft der „Segnungen“ dieser Gesetzgebung teilhaftig wird, wird im Gegenteil eine immer größere Einschränkung der Bewilligung von Renten ausgesprochen. Die so viel gepriesene Gleichberechtigung vor dem Gesetz und die vom Referenten gerühmte Unparteilichkeit der Richter fanden die richtige Beurteilung. Beurteilungen von Arbeitern wegen Verleumdung „Arbeitswilliger“ und solche an der „gebildeten Jugend“ wegen weit schwererer Vergehen geben den besten Beweis vom Gegenteil der Schifferschen Behauptungen. Der soviel gepriesene Patriotismus der Nationalliberalen bewiese sich am besten bei der Gewährung von Renten an Kriegsinvaliden. Herrn Gräßner-Staßfurt schienen diese Ausführungen das Konzept zu verderben; er sah sich veranlaßt, seine Kunst im Verbrechen zum besten zu geben. Genosse Mitowski ergänzte das Sündenregister der nationalliberalen Partei. Die in dem von dieser Partei herausgegebenen Flugblatt gemachten Ausführungen seien der Gipfel der Unverschämtheit. Hierauf charakterisierte Gen. Mitowski das Verhalten der Nationalliberalen in der letzten Reichstagsession. Nachdem hat Herr Schiffer nochmals darum, ihn trotz dieser Absicht zu wählen. —

### Schiffers Biographie.

Die „Alte Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 11 einen Versammlungsbericht von Groß-Salze und Schönebeck. Die Versammlung selbst fand am Freitag abend statt. Alle Parteien hatten sich eingefunden, außer der Mittelstandspartei. Herr Schiffer aber, als kluger Mann, hat mit großem Erfolg gesprochen. Worin dieser Erfolg bestehen soll, veranschlagt man. Die Schifferischen patriotischen Phrasen können höchstens noch den kleineren Spießbürger begeistern und wenn ein Nationalliberaler die Mängel unreserverten und wirtschaftlichen Lebens kritisiert, so weiß man, was man davon zu halten hat. Auf Arbeiterstimmen hat Herr Schiffer in Allen sicher nicht zu rechnen und wenn die „Alte Zeitung“ noch so eingehende Biographien des Placke-Kandidaten bringt.

### Kaffernbilder.

Herr Gräßner ist rüchichtslos. Wir hatten so viel Gutes und Schönes von ihm gesagt, hatten ihm so sehr geschmeichelt und hatten deshalb gehofft, daß er uns eine ganz bescheidene Bitte, uns nämlich im Wahlkampf mit Lichtbildern zu verschonen, wohl erfüllen würde. Wir haben uns getäuscht. Schon am Donnerstag findet in Staßfurt ein Lichtbildvortrag des Berginspektors Macco über die Ausichten des Bergbaues in Deutsch-Südwestafrika statt. Einladet ist zwar nicht Herr Gräßner, sondern Herr Lehmann, bekannt unter dem Namen „Patrioten-Lehmann“. Wir wissen aber sehr wohl, daß Herr Gräßner dahintersteht, der nun einmal seine Leidenschaft für Lichtbilder nicht zu zügeln vermag. Vermutlich werden diese Lichtbilder recht wertvolle Ausichten des Bergbaues in Südwestherzogtumern, und wir neigen nunmehr der Befürchtung zu, daß der kolonial-enthusiastische Herr Gräßner sich verleiten läßt, seine Stelle als Direktor des Kolonialbureaus aufzugeben und nach Südwest überzusiedeln, um dort Direktor eines Diamantengruben-Syndikats zu werden. Das würde für Staßfurt einen großen Verlust bedeuten. —

Staßfurt. Sehr wenig Solidaritätsgefühl beweist die hiesige Verwaltungsstelle des Zentralverbandes deutscher Maurer. Während alle hiesigen Gewerkschaften einen Beitrag — zum Teil einen recht erheblichen — zu den Wahlkosten gezahlt haben, hat sich die genannte Verwaltungsstelle geweigert, obgleich einige Mitglieder mit aller Entschiedenheit dafür eingetreten sind. Diese Enggezigigkeit ist sehr zu beklagen. Sie wirft kein gutes Licht auf das Verständnis der Maurer für die Bedeutung der Wahl und die sozialdemokratische Bewegung. Als sie in dem Ausnahmefall getreten waren, haben sie sich die Sympathie der sozialdemokratischen Bevölkerung sehr wohl gefallen lassen. Jetzt aber beschreiten sie ihre eigenen Wege zu gehen. —

## Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Dienstag. Am Donnerstag den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Melebock, Jahaber Frohne, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der Genosse Redakteur Dr. Müller einen Vortrag über die Wahlparole Bülow's halten wird. Gleichzeitig wird die Wahlsituation im Kreise besprochen werden. Hierzu sind sämtliche Wähler Wolmirstedts, auch etwaige Gegner, eingeladen. —

Schalenleben. Die Kriegervereine werden zur Reichstagswahl mobil gemacht. Am Sonnabend hielt der Kriegerverein keine Versammlung ab. Obwohl im Kriegerverein keine Politik getrieben werden soll, konnten es einige der Herren doch nicht unterlassen, für die bevorstehende Reichstagswahl Stimmung zu machen. Erster Redner, ein früherer Lehrer, jetziger Landwirt, schilderte den Wert unserer Kolonien, verwarf aber anzuführen, was sie uns schon gekostet haben, und empfahl, einstimmig dem Herrn Sehlauser, der auch Kolonialschwärmer sei, die Stimme zu geben. Anders der Posthalter des Dorfes, dem hatte es die „Volksstimme“ angetan, und er erzählte den Zuhörern folgendes Geschichtchen. Ich habe meiner Frau schon öfters einen Satz aus der „Volksstimme“ vorgelesen, aber sie hat mich: „Nieber Mann höre auf, ich kann das nicht vertragen.“ Weiter meinte der Herr: „Wer die „Volksstimme“ 8 Tage liest, der wird verrückt! Wir wissen nicht, auf welche Weise er seine Erkenntnis aus der „Volksstimme“ schöpft. Abonment ist er, glauben wir, nicht. Soviel können sich die Herren gesagt sein lassen, am 25. Januar wird ihnen hoffentlich eine Antwort gegeben, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. —

## Salzwedel-Gardelegen.

### Ein Junfer und sein Leibblatt.

Der starke Mann, Jordan v. Kröcher, sprach am Montag in Gardelegen. Er kritisierte die Steuerpolitik der Nationalliberalen:

So wurde die Biersteuer, die dem Reiche 56 Millionen gebracht hätte, auf 32 Millionen reduziert, denn die Nationalliberalen sagten sich, die Biersteuer sei eine indirekte Steuer, folglich ist sie vom Uebel. Kein Mensch ist nun mit der Steuer in ihrer jetzigen Gestalt zufrieden. Die Brauer sagen, daß sie 50 Millionen auf die Konsumenten hätten abwälzen können, aber jetzt ist das nicht möglich. Und sei es denn ein so furchtbares Unglück, wenn der Preis pro Seidel Bier sich einen Pfennig teurer stelle? Die Folge wäre nur die, daß der Mann, der früher zehn Seidel pro Tag getrunken hat, jetzt nur noch neun trinken würde. Das gleiche sei mit der Tabaksteuer der Fall. Wir wollen das Tabakmonopol einführen, obgleich ein großes Geschrei dagegen ist. Es würde uns das ein riesiges Geld einbringen, wir würden fast im Golde schwimmen können. Wir sehen die Wirkung dieser Einnahmekolle ja in Oesterreich, Italien, Frankreich. Über selbst die Tabaksteuer ist von den Liberalen auf eine kleine Zigarettensteuer herabgesetzt worden. Dafür haben sie die Erbschaftsteuer gemacht, die große Ungerechtigkeiten in sich birgt, wenn man ihr die schlimmsten Giftstoffe noch ausbezogen hat. Auch in der Bekämpfung der Sozialdemokratie jeder die Liberalen Männer der Theorie, aber nicht der Praxis. Sie schimpfen weidlich auf die Sozis und halten in Schriften allerhand Mittel zu ihrer Bekämpfung; sobald es aber in der Praxis gegen die Sozis geht, seien die Liberalen nicht zu Hause. Die scharfe Bekämpfung der Sozis passe eben nicht zu den liberalen Prinzipien, denn nach diesen sei die Sozialdemokratie eine Partei mit derselben Berechtigung wie die andern. Die Liberalen hätten auch die Fahrkartensteuer zur Annahme gebracht, jene unpopuläre Steuer, und das in demselben Augenblick, wo der Reichstag sich freie Fahrt durch ganz Deutschland bewilligte. Zu der Tabaksteuer will ich noch sagen, daß durch sie nach der Regierungsvorlage die Preise des kleinen Mannes nicht verteuert werde, auch durch das Tabakmonopol nicht, es werden nicht die einheimischen, sondern nur die importierten Zigaretten und Tabake getroffen. Bei einem Monopol müßten selbstverständlich die Tabakpflanzer und Arbeiter entschädigt werden.

Soweit der Junfer! Sein Leibblatt, der „Preisangezeiger für Gardelegen“, pöbelt in äußerst gewählten Ausdrücken einige Versammlungsbesucher, die sich durch Zwischenrufe bemerkbar machten, an, und berichtet über die Diskussion:

Es meldete sich zunächst Herr Keinecke zum Wort und gab die bekannten Ansichten der Sozialdemokraten über die Kolonien zum besten. Herr Forstmeister v. Lindequist betonte, daß man die Kolonien, die soviel gekostet hätten, nicht fallen lassen dürfe. Herr Keinecke schimpfte dann darüber, daß man den Schnaps zu verteuere, ohne den der Arbeiter mal nicht leben könne. Schnaps müsse sein! Die Genossen auf der Galerie riefen ihm jubelnd zu. Dann trat Herr Keinecke noch ein halbes Duzendmal hervor, konnte sich aber in der der stetig wachsenden Unruhe nicht mehr Gehör schaffen. Herr v. Kröcher widerlegte noch kurz die Behauptungen seiner Gegner; dann wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Kandidaten und den Kaiser geschlossen.

Der starke Mann hat hier sein ebenbürtiges Organ gefunden. Der Wahltag wird zeigen, wie stark die „Schnapspartei“ in Salzwedel-Gardelegen ist, hoffentlich stark genug, dem Kröcher und seinem Leibblatt einen gehörigen Denkartel zu geben. —

### G. A. Noos.

Der gute Rektor aus dem armen Besenbindernefte. Klöße ist mit seinem Latein ziemlich fertig. Er polemisiert gegen die sozialdemokratischen Konsumvereine, die ganz etwas andres seien als z. B. der Klöße Konsumverein. Herr G. A. Noos würde seine Lehrerschaft sicher zu Dank verpflichtet haben, wenn er auch über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Angestellten des nichtsozialdemokratischen Klöße Konsumvereins etwas hätte laut werden lassen. Auch die Ermahnung des Offiziervereins, der Landwirtschaftsgenossenschaften gehört in dies Kapitel. Dann wärnte Herr Noos noch einige alle Kamellen aus den Konflikt der Seher in der „Leipziger Volkszeitung“ und im „Vorwärts“ auf, alles Dinge, von denen Herr Noos einmal etwas läuten hörte, er weiß nur nicht wo. Er schließt seine Ausführungen folgendermaßen: „Geflüstet es dich, lieber Leser, noch nach der „Freiheit und Gleichheit“, welche uns die Sozialdemokratie verspricht?“

Wir glauben, es geküstet niemand nach mehr von dieser Art Sozialistenbekämpfung. Unmittelbar hinter dem Aufklärungartikel des Rektors Noos folgt ein Liebeschen aus dem Gegenwartsstaat, das besonders für Lehrer und Rektor ein sehr lehrreich ist:

Zu rönigzeit lebt die 83jährige Lehrermilwe Fuchs, seit drei Jahren völlig erblindet, hilflos und erwerbslos. Angehörige besitzt die Grefsin nicht. Sie bezieht vom Staat jährlich 250 Mark Pension und kleine Unterstützungen aus Wohltätigkeits-Stiftungen. Mit Beginn des Rechnungsjahrs 1906 wandte sich die Matrone an die Regierung mit der Bitte um eine Unterstützung. Nach sieben Monaten kam der Bescheid: „Ihren Unterstützungsgeuch können wir wegen Erschöpfung der Mittel nicht stattgeben.“ Ist der Fall nicht tieftraurig?

Das meinen wir auch. Trauriger noch ist es aber, daß Lehrer einen Staat, eine Gesellschaft, in der solches möglich ist, mit allen Mitteln verteidigen. —

## Discherleben-Halberstadt-Bernigerode.

### Versammlungen in der schwarzen Grasschaft.

Am Sonnabend referierte im Gasthaus „Zur neuen Quelle“ in Gafferode vor etwa 600 Personen Genosse Bartels über das Thema: Wer vertritt die wahren Interessen des Mittelstandes und der Arbeiter. In der Diskussion vertrat ein Herr Diekmann, der schon bei seinem Erscheinen durch das Mitbringen einer großen Aktenmappe aufgefallen war und auch einige Versammlungsbesucher in den Glauben versetzte, es mit irgend einem Geschäftsreisenden zu tun zu haben, der das Publikum mit seiner Ware überall verfolgt, die Ausführungen des Referenten zu entkräften. Dabei stellte sich heraus, daß die Mappe mit Geistesprodukten des Verbandes zur Befreiung der Sozialdemokratie gefüllt war. Das Publikum lehnte aber die Produkte des Herrn mit großer Heftigkeit ab. Wir bedauern, daß der Herr so wenig Erfolg hatte, eigentlich verdient jemand, der zur Verteidigung der bedrohten Ehre der „nationalen“ Elite herartige Mengen Kampfsmaterial heranschafft, bessere Erfolge, aber die undankbaren Wähler verdienen ja nichts Danks.



Das haben sie auch am Sonntag in Meiningen bewiesen, als Herr Photograph Stadelmann-Bernigerode die im Dreieck einberufene Mittelstandsversammlung eröffnete und eine anwesende Sozialdemokratin als nicht genug national gefonnen aufforderte, den Saal zu verlassen. Da herrschte auch Heiterkeit, denn von den anwesenden 300 Personen gehörte die erdrückende Mehrheit zur Arbeiterschaft. Als unser Kandidat mit einigen Meiningern und Haffnerdör Genossen von einer öffentlichen Steinarbeiterversammlung in Darlingerode, wo über das Thema: Die Reichstagswahlen und die Gewerkschaften gesprochen war und auch sehr schöne Erfolge — so die Gewinnung einer größeren Leserschaft für die „Volksstimme“ — zu verzeichnen waren, kamen, war das Versammlungsort schon überfüllt. In Meiningen hatte sich am Tage die Nachricht verbreitet, die Sozialdemokraten kämen zur Mittelstandsversammlung, und die Häftlinge und Steinarbeiter waren in großen Scharen erschienen. Aber wer glaubte, daß die Mittelständler so anständig wären, nachdem ihnen in Haffnerode volle Redefreiheit gewährt worden war, nun auch in Meiningen an der Disziplin freiwillig geknüpft, der irrte sich; erst auf die immer stärker werdenden Zurberungen der Arbeiter gewährte man Genossen Bartels eine vierstündige Redezeit. Derselbe mußte die kurze Frist auch aus. Sein energischer Protest gegen die Behauptung, wir seien antinational, wurde von der Versammlung durch stürmischen fort-

währenden Beifall lebhaft unterstützt. Nach Schluß der Versammlung stimmten die Leiter derselben das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ an, aber gar bald wurden sie durch die aus Dingenenden von Stimmen kommenden Klänge des Sozialistenmarsches aus dem Geschie gebracht. Die Meiningener Arbeiter haben aber gesehen, daß die Gegner nichts machen können, wenn die Arbeiterschaft auf dem Posten ist. Genau so energisch, wie sie in der Versammlung den Gegnern die Genugthuung zur Zeit an der Diskussion abzugeben, ebenso energisch müssen sie auch in Zukunft ihre Rechte zu verteidigen wissen. Alles in allem, die drei Versammlungen haben gezeigt, daß es in der schwarzen Grafschaft vorwärts geht, trotz Saalabtreibungen und Schikanen anderer Art.

### Stendal-Osterburg.

Ärge. Genosse Wraze eröffnete die hier im „Herrenberg“ stattgefundene Versammlung mit einem Hinweis darauf, welche persönlichen Opfer es gekostet hat, hier eine Versammlung freizubekommen. Unser Kandidat Genosse Weder sprach in zündenden Worten über die bevorstehende Reichstagswahl. Er schloß mit einem feurigen Appell an die Wähler, daß sie am 25. Januar ihre Pflicht tun. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Hierauf wurde die Versammlung mit einem

brausenden Hoch auf die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie geschlossen.

### Briefkasten.

Für den **Wahlfond** gingen ein: Schönebeck: Vom Mannverband 30,00, vom Zimmererverband 10,00, vom Radfahrer-Verband 20,25, von der Versammlung am 12. Januar 80,15, auf Nr. 18 5,05 Mark, auf Nr. 32 17,50 Mk. Wilmshelm: Schilde, Frohse, S. 246 14,40, S. 247 12,20, von den freien Turn 5,00. Erstattung bei Fiedler 6,00 Mk. Gustav Krause: Wahlkreis Wolmirstedt: Neuhaldensleben: Niederbodeleben: Erstattung Weihnachten 3,45, Silvesterfest 6, Dräger Genossen 8,25; Fahrgehalt zurück von N. R. 0,50; S. 1,50, T. 0,50; Dreileber Genosse 1,—; Schnarleben durch H. S. 1,1. S. 27 26,85; Freiwillige Markten 40,—. Lichtenberg: Neuhaldensleben: Steingutfabrik Sauer u. Motz 3, S. 21 Sägewerk Nüping 1,85; S. 13 Handschuhfabrik Herzmann für Mohrentanz in der Klosterstraße 1,11 = 15,81; S. 24 Steingutfabrik E. u. C. Carsten 17,85; Handschuhfabrik Riedel 26,30; Steingutfabrik E. u. C. Carsten 18,—; Versammlungseinnahme vom 12. 1. 07 54,35.

### Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 16. Januar 1907.

#### Lügen „Central-Anzeiger“.

Dem „Central-Anzeiger“, der auf unsre Zurückweisung seiner Verleumdung, daß die persönliche Sicherheit des Gegners in sozialdemokratischen Versammlungen nicht gewährleistet sei, keine Worte fand, ist unsre neuerliche Feststellung, daß er sich damit selber als Schmutzblatt ersten Ranges charakterisiert habe, mächtig in die Glieder gefahren. Er erklärt jetzt, daß er seine Verleumdung aufrechterhalte und will dies mit der Tatsache begründen, daß „vor einiger Zeit eine Vertreterin des Blattes in einer lediglich von Genossen besuchten Versammlung in niederträchtigster, rohesten Weise gewaltsam ihrer Aufzeichnungen beraubt wurde“. Der Fall werde, nachdem der Täter sich monatelang verborgen gehalten habe, jetzt aber ermittelt sei, demnächst das Gericht beschäftigen, und es werde sich dann ja zeigen, was es mit der Sicherheit der Person des Gegners in Volksversammlungen auf sich habe.

Der „Central-Anzeiger“ beruft sich hier auf einen Vorgang, der sich in einer Versammlung ereignete, mit der die Sozialdemokratie nicht das mindeste zu tun hat. Es handelt sich hier um eine zu Propagandazwecken für den Konsumverein einberufene Versammlung. In derselben ließ sich allerdings ein junger Mensch von seiner Erregung über die äußeren Praktiken der Bernards und Konjorten und ihres vornehmen Vorkämpfers, des „Central-Anzeigers“, fortreißen und entließ der Berichterstatterin des „Central-Anzeigers“ deren Aufzeichnungen. Diese vielleicht begreifliche Tat ist aber von keiner dem Konsumverein nahestehenden Seite geflügelt worden. Sie hat im Gegenteil schärfste Beurteilung erfahren und charakterisiert sich lediglich als die unbesonnenste Tat eines einzelnen, mit der die übrigen Versammlungsteilnehmer und am allerwenigsten die Versammlungsleitung etwas zu tun haben. Noch einmal sei ausdrücklich festgestellt, daß es sich nicht um eine sozialdemokratische Volksversammlung handelte und daß es eine ganz willkürliche Annahme des „Central-Anzeigers“ ist, die Versammlung sei lediglich von Genossen besucht gewesen.

Der „Central-Anzeiger“ wagt weiter, unsre Behauptung eine Lüge zu nennen, daß er in die Versammlung, in der Genossin Eugentanz sprach, einen Berichterstatter entsandt habe. Das sei ihm nicht im Traum eingefallen. Dem gegenüber stellen wir fest, daß wir uns selbst und mit uns noch zahlreiche unserer Genossen mit eignen Augen davon überzeugt haben, daß der Berichterstatter, Herr Seifert an jenem Abend in der Versammlung im „Luisenpark“ anwesend war. Herr Seifert ist der Berichterstatter für die „Magd. Ztg.“ und den „Central-Anzeiger“. Noch mehr! Mit dem Berichterstatter des „Central-Anzeiger“ sind in der Versammlung Worte gewechselt worden über die angebliche Gefahr, in der sich die Person des Gegners in sozialdemokratischen Versammlungen befindet. Trotz dieser unlesbaren Tatsachen hat der „Central-Anzeiger“ die Stirn, zu leugnen, daß sein Berichterstatter in der Versammlung anwesend gewesen sei! Das genügt!

Die Singerwerkstatt erwähnt der „Centr.-Anz.“ in seinem Eingriff mit keinem Worte und bestätigt auch damit wiederholt, daß er log, als er schrieb, er hätte von der Entsendung eines Berichterstatters Abstand genommen. Diplomatisch geht er um die Sache herum und sucht sich damit herauszureden, daß er behauptet, er hätte zu haben, „in die Versammlungen der Genossen keine Berichterstatter mehr entsenden zu wollen“. Das genügt wiederum!

Bum Schluß verucht das janzere Schwindelblatt, uns durch Drohungen einzuschüchtern, indem es schreibt:

So viel für heute. Es ist ja eine unangenehme, widerwärtige Aufgabe, sich mit dem hehrwürdigen Blatt zu befassen; wenn das aber einmal nicht zu vermeiden ist, so soll es mindestens auch an Verlässlichkeit nicht fehlen. Wir glauben, daß ihm die heutige Lektion für einige Zeit genügen wird. Wenn nicht so wird es sich noch öfter am Panger finden. Dessen kann es aber sein!

Warten wir also ab, was kommen wird! Unser Schild ist rein! Wer aber so viel Dreck am Stecken hat, wie der „Central-Anzeiger“, der sollte ganz still sein und nicht versuchen wollen, andre an dem Panger zu stellen. Dem Redakteur selber wird immer am liebsten dabei werden.

#### Noch ein Wahlmanöver.

Der Reichstagsler hat nach der „Neuen Politischen Korrespondenz“ dem Bundesrat nunmehr eine Vorlage zugehen lassen, durch die eine vorläufige Parabolung der Gebühren für die Unterjagung des in das Ausland eingehenden Fleisches beantragt wird.

Das ist wieder ein ganz „herausragendes“ Mittel gegen die Fleischnot, das sich den andern lächerlichen Maßnahmen, die die Regierung getroffen hat, wärdig an die Seite stellt. Für die Unterjagung des in das Ausland eingehenden Fleisches kommen nämlich so geringe Fleischmengen in Betracht, daß die neue Maßnahme so gut wie gar nichts befragt und die Fleischnotung dadurch um nichts geändert wird.

Zu dem Radikalismus der Grenzöffnung wird die Regierung im Interesse der Agrarier nicht greifen. Der Unmut über die Fleischnotung ist aber in der Bevölkerung im Steigen, was der Regierung im Hinblick auf die Wahlen sehr unangenehm ist. Den Unmut sucht sie zu beseitigen durch ihre lächerlichen Maßnahmen, erreicht aber dadurch nur, daß das Volk am 25. Januar ein recht gutes Brot isst.

Magdeburgs Einwohnermeldebüro soll, wie das Polizeipräsidium beabsichtigt, eine Umgestaltung erfahren. An Stelle der bisherigen Buchführung soll eine Karteneinrichtung geschaffen werden, wie sie bereits in vielen andern Städten besteht. Das Verzeichnis der Einwohner Magdeburgs wird künftig auf losen Blättern geführt werden, wodurch eine schnellere Auskunftserteilung ermöglicht werden soll. Es findet am 1. Februar eine allgemeine Personalausnahme im Polizeibezirk Magdeburg statt. Die Aufnahme dient lediglich den Zwecken der Neueinrichtung.

Unternehmerklänge. Herr Rahardt, der Schupheilige des für Norddeutschland in der Holzindustrie maßgebenden Unternehmerverbandes hat bewußt und mit allen Mitteln seit einem halben Jahr auf den seit dem 12. Januar in der Berliner Holzindustrie entbrannten Kampf hingearbeitet. Herr Rahardt will ihn als Kampf um die Machtfrage zum Austrag geführt wissen, denn ein Lokalkampf ist es nicht, da die Berliner Tischler gar keine Forderungen mit Ablauf des bisherigen Vertrages gestellt haben. Dieser Umstand hat Herrn Rahardt nun wahrscheinlich zu der Annahme verleitet, daß es dem Holzarbeiter-Verband um die möglichste Schonung seiner Mittel zu tun sein würde und sich die Grenzen des Kampfes ruhig von ihm vorschreiben lassen würde. In eine allgemeine Ausperrung der Tischler in Berlin ist nämlich gar nicht zu denken, und hat auch Herr Rahardt auf Grund der geschäftlichen Sonderinteressen der Mitglieder seines Schutzverbandes gar nicht denken können; in dieser Beziehung haben seine großen Worte nur dazu dienen müssen, die Gänge der Macht und des Einflusses seiner Organisation zu verschleiern. Es steht nach den bisherigen Wahrnehmungen sogar fest, daß den meisten Unternehmern gestattet worden ist, je nach der Lage ihres Geschäfts nur einen bestimmten Teil ihrer Arbeiter auszusperrten. Wie weit sich Herr Rahardt mit diesem Coup verrechnet hat, das wird ihm innerhalb der nächsten Tage an dem weiteren Verlauf der Dinge schon klar werden.

Die Magdeburger Holzarbeiter haben zurzeit ein direktes Interesse an dieser Frage, soweit die Berliner Firma Emil Spatier, Fabrik für Geschäfteinrichtungen, in Betracht kommt. Diese liefert für das Parterregeschoß des Neubaus der Firma Steigerwald und Kaiser am Breitenweg die Einrichtungen. Von sämtlichen bei ihr beschäftigten 60 Mann hatte sie bis zum 15. Januar nur die Hälfte ausgesperrt, vor allem aber lag der Firma daran, ihre auswärtigen arbeitenden Monteur weiter zu beschäftigen. Gestern mußte sie es indes erleben, daß die vier, am benannten Bau Beschäftigten, von der Organisationsleitung die Aufforderung erhielten, sich mit ihren ausgesperrten Kollegen solidarisch zu erklären, welcher Aufforderung sie auch zum größten Leidworte des Geschäftsführers, der in Vorwarnung dessen, daß die Holzarbeiter verstehen, den Herrn Rahardt auf seinen wahren Wert zu taxieren, extra von Berlin herüber gekommen war, unvorzüglich Folge leisteten. Daß des Geschäftsführers läppische Drohung an die Aufgeforderten, im Falle der Belästigung mit der Polizei zu kommen und daß auch wirklich schon ein Schutzmann in Funktion getreten war, ohne Einfluß auf das solidarische Verhalten der vier Kleinen mußte, wird ihm vielleicht zur Lehre dafür dienen. Magdeburg nicht mit Anreiz an der Anzatter zu verwechseln.

Die Magdeburger Holzarbeiter werden erucht, dem weiteren Verlauf dieser Angelegenheit auf dem Neubau Steigerwald u. Kaiser als auch der Berliner Bewegung überhaupt die größte Beachtung zu schenken.

Lois erfahren. Der Bahnarbeiter Hermann Claus erlitt Dienstag nachmittag 4 Uhr auf dem hiesigen Bahnhof durch Ueberfahren eines Eisenbahnwagens derartige Verletzungen am linken Bein, daß er sofort dem altstädtischen Krankenhaus zugeführt werden mußte. Mittwoch mittag ist der Verunglückte seinen Verletzungen erlegen.

Ein größeres Feuer entstand am Dienstag abend 6 1/2 Uhr in der Ladefeberei von Ernst Freyhold, Harzbockstraße 5a. Der Löschung der Hauptwaage wurde telephonisch herbeigerufen. Schon in der Wilhelmstraße spürte man einen intensiven Brandgeruch. Das sofort folgende Absperrung brannte, von allen Seiten sichtbar, wie eine Fackel. Die Entzündungsursache ist in Selbstentzündung von Firnis zu suchen, welcher in einem Kessel siedete. Fässer außerhalb des Kessels waren ebenfalls in Brand geraten. Drei Röhre der Dampfmaschine beständig bald die Gefahr.

Städtische Konzerte. Das nächste Volkskonzert des städtischen Orchesters findet am Montag den 21. Januar im „Hof-Theater“ unter Leitung des Musikdirektors Krug-Waldsee statt.

Wilhelm-Theater. Da die Nachfrage nach Plätzen für die am 21. d. Mts. stattfindende Benefiz-Vorstellung für Herrn Freuden „Grosz-Grosz“ eine sehr rege ist, so empfiehlt es sich schon jetzt, recht frühzeitig sich mit Billets zu versehen. Für die 25. Jubiläumstag von „Lust und eine Nacht“, welche am kommenden Sonntag ist, werden auch schon Einladungen verabfolgt. Um vielen, besonders vom auswärtigen Publikum ausgesprochenen Wünschen zu entsprechen, die Operette „Lust und eine Nacht“ auch an den Sonntagnachmittagen zur Darbietung zu bringen, sollen an den nächsten zwei Sonntagen Aufführungen dieser Komödie sein, am Sonntag abend ist dann „Gaiopone“ mit einer Sourette Fr. Lucia Schmidt von Dresden als Vora als Gift auf Engagement.

Im Circus-Theater wird Donnerstag, Freitag und Sonnabend das Sensationsstück „Die Wädhewerführer“ aufgeführt, es sind dies die letzten Aufführungen des Stückes, da am Sonntag Direktor Sawit mit einer Komödie herankommt, und zwar mit einem Pariser Sittenschauspiel. Am Sonnabend nachmittag wird die Kinderkomödie „Tischlein deck dich, Götter Tisch dich, Knäppel aus dem Sack“ aufgeführt.

### Eingegangene Druckschriften.

Nicht veranlagte Bureaus werden nicht zurückgeschickt. Bezeichnung vorbehalten.  
Prof. Hidmanns geographisch-statistischer Universal-Atlas. Verlag G. Freytag u. Berndt, Wien und Leipzig.  
Das Bäckerwerk in der Entwicklung von Zwergbetrieben zu Großbetrieben, und das Ergebnis des Kampfes der Bäckerarbeiter gegen das Brot- und Logiswucher beim Arbeiter. Hamburg 1907. Verlag von D. Kämmerer, Reichenstraße 57.  
Lohn- und Arbeitsbedingungen im Maurerwerk. Statistik 1905 und Tarifverträge von 1891 bis 1905. Verlag des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, Hamburg.  
Die Nummer 2 des „Südwestdeutschen Postillon“ fandte uns der Verlag R. Kraus in München. Ein schönfarbiges Bild voll Leben und Kraft gibt R. E. in seinen „Die Schmaroger“, dem E. R. dem deutschen Publikum „Sie wählen rot“ folgen läßt. Die Nummer

ist für diese Wahlzeit eine glückliche Werbenummer, die in großer Lage hinausgehen sollte bis in die schwärzesten Wählerkreise.

Von der **Neuen Gesellschaft**, Sozialistische Woche, herausgegeben: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Berlin-Schöneberg). Preis für das Einzelheft 10 Pfg., pro Monat 40 Pfg., pro Vierteljahr Mk. 1,20. Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert, ist jedoch das 16. Heft erschienen, das folgende Inhalt hat: Glossen: Die Wahlen und das Ausland. — Kommande Generale. — Der Präsident des guten Dons. — Ein Rev. der Kr. und seine haben will. — Der russische Terror. — Karl Leutner Volksautorität. — Albert Sabetum: Auf Agitation. — Gräfin Franz Evelyn Barwick: Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und Wirkungen. — Eschur: Die russische Malerei. — Helene Voigt-Diederichs: Preussenan — Büchertisch.

### Briefkasten.

D. Hl., Al.-Otterleben. Sie brauchen diese Scheibe nicht bezahlen. —  
H. S., Weidleben. Melben Sie den Tatbestand an den Wahlsekretariat Ihres Kreises. Adresse: Wozrowsky, Staßfurt. —  
Franz G., Stendal. Gut gemeint, aber nicht druckreif. —  
Franz C., Staßfurt. Ihrem Gedicht hatten noch manchen Uebelheiten an, so daß wir von einem Abdruck absehen müssen. —  
W. Fr., Enzweidel. Ihr Gedicht ist zwar sehr gut gemeint, aber nicht druckreif. —

Willelm Dr., Magdb.-Neustadt. Für Mitteilungen, die allgemeines Interesse haben, sind wir Ihnen dankbar, aber das Dicht sollten Sie lieber unterlassen. Es ist nicht jeder zum Dichter geboren.

### Marktberichte.

Magdeburg, 15. Januar. (Mittliche Notierungen.) Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und für Magdeburg. Weizen englischer gut 168—173, mittel 160—165, do. Kolben Sommer gut 180—188, mittel —, do. Rauh 167—177, ausländischer gut 194—196. — Roggen behauptet, inländischer gut 161—165. — Gerste stetig, hiesige Gebirgsgerste gut 171 bis 182, mittel 160—170, feinste über Pott, hiesige Kammergerste gut 161 bis 175, hiesige Wintergerste —, ausländische Futtergerste gut 120 bis 131. — Hafer besser, inländischer gut 167—171, mittel 145—151. — Mais fest, runder gut 133—136, amerikanischer hunder 134—135. — Erbsen behauptet, hiesige Viktoria gut 185—205, grüne Folge 175—195.

### Biehmarkt.

Magdeburg, 15. Januar. (Städtischer Schlacht- u. Viehhof.) Auftrieb: 307 Rinder, 270 Kälber, 197 Schafvieh u. 1094 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): Ochsen: a) vollfleischigste, ausgewählte höchsten Schlachtwertes, bis zu 7 Jahren 39—42 Mk. b) junge fleischige, nicht ausgewählte und ältere ausgewählte 36—38 Mk. c) mäßig genährte junge und ältere 34—35 Mk. d) gering genährte bis zu 5 Jahren 39—41 Mk. e) vollfleischige, jüngere 35—38 Mk. f) mäßig genährte jüngere und ältere 31—34 Mk. g) gering genährte jüngere und ältere 28—30 Mk. Kalben und Kühe: a) vollfleischigste, ausgewählte Kalben höchsten Schlachtwertes 35—38 Mk. b) vollfleischige, ausgewählte Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 30—33 Mk. c) ältere ausgewählte Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 27—29 Mk. d) mäßig genährte Kühe und Kalben 24—26 Mk. e) gering genährte Kühe und Kalben 20—23 Mk. Kälber: a) feinste Mast- (Vollfleischigste) und beste Saugkälber 54—58 Mk. b) mittlere Mast- und gute Saugkälber 44—53 Mk. c) geringere Saugkälber 32—40 Mk. d) ältere, gering genährte (Fresser) 30—40 Mk. Schafe: a) Wapflammer und jüngere Mastschaf 36—38 Mk. b) ältere Mastschaf 33—35 Mk. c) mäßig genährte Hammel und Schafe 31—33 Mk. Schweine (mit 20 Prozent Tara): a) vollfleischige der feineren Klassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 61—65 Mk. b) fleischige 61—63 Mk. c) gering entwickelte 58—60 Mk. d) Sauen 53—60 Mk. Verkauf und Tendenz: Mittelmäßig. Ueberstand: 80 Rinder, 28 Kälber, 4 Schafe. — Schweine

### Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.	
Fier, Eger und Moldau.	
Ort	Stand
Fungbinzlan	13. Jan. + 0.13
Lau	+ 0.36
Zudweis	+ 0.60
Prag	+ 0.70
Innsbruck und Saale.	
Ort	Stand
Estraupfurt	14. Jan. + 2.50
Weißensfeld Muth.	+ 1.68
Zrotha	+ 3.56
Alsteden	+ 3.30
Bezaburg	+ 2.88
Calbe Oberpegel	+ 2.22
Calbe Unterpegel	+ 2.82
Rufbe.	
Ort	Stand
Deffau	14. Jan. + 1.65
Muldenbrüde	15. Jan. + 1.93
Elbe.	
Ort	Stand
Randubitz	13. Jan. + 0.40
Brandis	+ 0.49
Melmitz	+ 0.22
Leimnitz	+ 0.29
Auffig	14. " " " "
Preßden	— 0.47
Lorzau	+ 1.71
Wittenberg	+ 2.56
Köfstan	+ 2.16
Barby	+ 2.80
Schönbeck	+ 2.70
Magdeburg	15. " " " " + 2.40
Langermünde	14. " " " " + 3.25
Wittenberg	+ 2.95
Broda-Dömitz	+ 2.19
Lauenburg	+ 2.24



## Wandert nicht nach den Kolonien aus!

Wie gewissenlos, wie verlogen, wie verbrecherisch die Koloniale Agitation des Kaffernkartells ist, mag der folgende Originalbrief aus dem Bureau der deutschen Kolonialgesellschaft beweisen, den der bekannthe günstige Wind auf den Redaktionsstich des „Vorwärts“ geweht hat:

Zentralauskunftsstelle für Auswanderer, Abteilung C,  
Deutsche Kolonialgesellschaft,  
Berlin W., Schellingstraße 4.

29. Dezember 1905.

Herr . . . . .

Reichenbach i. Vogtland.

Auf Ihr an das Kaiserliche Kolonialamt gerichtetes, hierher zur Erledigung abgegebenes Schreiben vom 20. d. M. teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich nicht in der Lage bin, Ihnen eine für Sie zutreffende Auskunft zu erteilen, da Sie nicht mitgeteilt haben, welche Mittel Ihnen zur Verfügung stehen.

Die deutschen Schutzgebiete sind zur Aufnahme von unbedingten und wenig bemittelten Ansiedlern nicht geeignet. Zur Niederlassung dortselbst sind größere Kapitalien und außerdem Kenntnisse in der tropischen Landwirtschaft, beziehungsweise Viehzucht erforderlich.

In Deutsch-Südwestafrika, das hauptsächlich für Viehzüchter in Betracht kommt, sind bisher zur Ansiedlung mindestens 20—25 000 Mark als erforderlich erachtet worden. Buzzeit und bis zur Herstellung friedlicher Verhältnisse ist dort jedoch eine Niederlassung nicht rätlich.

Die Anlage einer Kokospflanzung in Samoa erfordert ein Kapital von mindestens 50 000 Mark.

Nur in den deutschafrikanischen Landschaften West-Namibia und Langenburg sowie auf den Marianen-Inseln ist eine Niederlassung eventuell mit etwa 10 000 Mark möglich. Dazu kommen noch die nicht unerheblichen Reise- und Ausstattungskosten. Land kauft man lediglich an Ort und Stelle, nachdem man sich selbst genügend von der Qualität desselben überzeugt hat.

Freie Reise, Fahrpreisermäßigung wird Personen, die sich in einer der deutschen Kolonien niederlassen wollen, von keiner Seite gewährt.

Vor einer Auswanderung nach einer der deutschen Kolonien, zwecks Niederlassung dortselbst, ohne die dazu erforderlichen Geldmittel, ist zu warnen.

Sollten Sie über größere Mittel verfügen, so stelle ich Ihnen anheim, unter Angabe Ihrer persönlichen Verhältnisse, d. h. Alter, Beruf, ob ledig oder verheiratet, verfügbare Mittel usw. sich nochmals hierher zu wenden.

Ergebenst

Der Leiter der Zentralauskunftsbereitstellung für Auswanderer  
Hellmann,  
kaiserlicher Kommissar z. D.

Hier wird amtlich zugestanden, daß die ganze nationale Wahlagitation Betrug ist. Hier nach ist es aus mit aller Lobpreisung unserer „herrlichen“ Kolonien, aus mit der lügenhaften Zusicherung, daß dieselben zur Aufnahme überschüssigen Menschenmaterials aufgeschlossen werden können.

Wielmehr bewahrheitet es sich, was von unserer Seite schon seither behauptet worden ist, daß die Kolonien, hauptsächlich in Südwestafrika, wertlose Sandwüsten sind, die kaum einer geringen Anzahl Menschen Nahrung zu bieten vermögen, geschweige einem großen Zustrom von Menschen Ernährung und Unterkunft.

Was natürlich die Kaffernkartellisten nicht abhalten wird, weiter mit den Lügen zu freiben. —

\* \* \*

## Es geht um die Kolonialarmee!

Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ beschäftigt sich nochmals mit der Frage, ob es der Regierung, als sie den Reichstag auflöste, bekannt gewesen sei, daß die Unterwerfung der Bondelzwarts unmittelbar bevorstehe. Auf den vom „Vorwärts“ reproduzierten Brief eines Schutztruppens, aus dem klar hervorgeht, daß der Reichstag wirklich düpiert worden, antwortet sie verlegen, es sei „nie bestritten worden“, daß schon seit Monaten Verhandlungen geführt worden seien. Der Beginn dieser Verhandlungen liege schon im Oktober.

Seit Oktober also wußte die Regierung, daß das Ende des Aufstandes nahe bevorstehe. Trotzdem weigert sie sich, die Truppenzahl unter 8000 Mann herabzusetzen, und sie begründet diese Weigerung mit dem Hinweis auf eine Depesche des Obersten v. Deimling vom 12. Dezember vorigen Jahres, in welcher ausgeführt wird, 16 400 Gefangene seien zu bewachen, 8000 Schwarze seien auf englisches Gebiet übergetreten. Das Festhalten an der Truppenzahl von 8000 Mann sei notwendig, auch wenn die Bondelzwarts unterworfen seien, weil jedes Aufblähen eines neuen Aufstandes durch die Bereitschaft der Truppen verhindert werden müßte.

Mit andern Worten, man braucht die 8000 Mann nicht, wie dem Reichstag vorgeschwindelt wurde, zur Niederwerfung eines tätigen Feindes, sondern man will sie behalten als koloniale Polizeitruppe oder Kolonialarmee. Diese Kolonialarmee kostet jährlich, da jeder Soldat 10 000 Mark kostet, 80 Millionen Mark, und diese Summe soll verwendet werden zur militärischen Bewachung einer Kolonie, die, auch von militärischen Anwendungen abgesehen, rein wirtschaftlich betrachtet, bankrott ist.

Wer für das Kaffernkartell stimmt, stimmt also für die Kolonialarmee, stimmt für ungeheure militärische Ausgaben zur Erhaltung einer bankrotten Kolonie!

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ beschäftigt sich ferner mit der Haltung des Zentrums und der Frage der

allmählichen Verminderung der Truppen auf 2000 Mann. Und da kann man ihr gar nicht so unrecht geben, wenn sie den feigen, schwächlichen Zentrumsantrag, wonach die „Vorbereitungen zur Verminderung getroffen“ werden sollen, ausgiebig verhöhnt. „Die Vorbereitungen zur Verminderung treffen“, so spottet sie, „ist ein dunkler Begriff.“

Damit schlägt die Regierung das Zentrum, zugleich aber auch sich selbst. Sie verspottet die vormalig regierende Partei, der der Mut der Konsequenz fehlt; sie gesteht dadurch aber auch ein, daß gar kein Anlaß zur Reichstagsauflösung bestand, und daß es nur ein Einfall der Saune war, die ganze Bande nach Hause zu jagen.

Die Regierung hat einen Streit mit dem Volke mutwillig vom Zaune gebrochen, und es hieß wirklich „die nationale Ehre preisgeben“, kröche die Nation vor Bülow's Papierdegen zu Krenze! —

## Seid unermüdtlich tätig für die Verbreitung der „Volksstimme“!

Gelesene Nummern werfe man nicht weg, sondern verwende sie, um neue Abonnenten zu werben! Wer für die „Volksstimme“ eintritt, fördert seine eigne Sache!

## Kaffernbilder des Kaffernkartells.

Wirkliche Schlammsluten von Verleumdungen gießt der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie ins Land. Er läßt den Druckereibesitzern, deren Blätter ihm dienstbar sind, der Reihe nach Druckaufträge zugehen. Würde sich der Redakteur eines Amtsblattes doch einmal an den freien Lügen der Verleumder stoßen und würde er Bedenken tragen, einen besonders dreisten Artikel zu veröffentlichen, dann weckt der Verband das Geldinteresse des Verlegers.

Der Ton, den diese professionelle Verleumdergesellschaft anschlägt, ist so mild, so zügellos, daß er sich nur erklären läßt aus der Verzweiflung, mit der sich die Südlinge des Reichsverbandes an ihre Position klammern. Offenbar sucht von diesen bedauernswerten Leuten einer den andern durch klobige Schimpferei zu übertreffen, um den „geistigen Führern“ des Verbandes, den Liebert, Hagemann und Lehmann, ihre Unentbehrlichkeit auch über den Wahlkampf hinaus zu erweisen.

Das Flugblatt Nr. 55, das zurzeit in Massen verbreitet wird, stellt die Germania dar, wie einige Geistalten mit Ballonmützen sie umzuwerfen versuchen. Diese Ballonmützen bezeichnen die Reichsverbändler als „Wobels Heerscharen“. Oben links steht ein Haus in Flammen, das von Negern ausgeraubt wird. Im Vordergrund liegt eine Frau händeringend auf den Knien, neben ihr ein erschlagenes Kind, vor ihr steht ihr Mann, auf den drei Eingeborne bereits die Gewehre angelegt haben. Die Umschrift besagt: „So kommt's, wenn ein Sozialdemokrat gewählt wird.“ Das Gegenstück zu diesem Bild befindet sich auf der rechten Seite des Blattes. Ein auf fruchtbarem Felde pflügender Farmer reicht einem stämmigen Schutztruppeler die Hand. Brächtige große Palmen beschatten das im Sintergrund stehende behäbige Haus. Dieses Bild trägt die Unterschrift: „So kommt's, wenn ein treuer deutscher Mann gewählt wird.“

Man schwindelt also den Wählern, denen dies Elaborat zugebacht ist, vor, daß nur ein Konservativer, Nationalliberaler, Freijünger usw. gewählt zu werden braucht, und sofort verwandelt sich die afrikanischen Sandwüsten in ein wahres Paradies. Demgegenüber tun unsre Genossen gut daran, bei der Agitation darauf hinzuweisen, daß die Kolonialschwärmer bisher stets eine Mehrheit im Reichstag besaßen, und doch sind die Sandwüsten eben Sandwüsten geblieben.

Der Text des Flugblattes ist ein bis jetzt in der Agitation beispiellos dastehendes Schwindelgebäude. Die Frage, weshalb der Reichstag aufgelöst wurde, wird so beantwortet: „Weil dieser Reichstag schmachvollerweise unsern braven Truppen in Afrika alle Mittel verweigerte, die zur siegreichen Beendigung des schweren Krieges gegen die Wilden zum Schutze unsrer fleißigen Ansiedler notwendig sind.“ Die Liebert, Hagemann, Lehmann, Bovenstein usw. wissen, daß diese Behauptungen frech erlogen sind; denn bei der Auflösung handelte es sich darum, daß die Regierung 20 Millionen haben wollte und daß das Zentrum nur 2 Millionen bewilligte. Daß außerdem bereits an 400 Millionen Mark für Niederwerfung des Aufstandes ausgegeben wurden, das wird bewußt verschwiegen.

Als reiner Unsinn wird der sozialdemokratische Ratsschlag bezeichnet, man solle die Wilden in Afrika in Ruhe lassen; denn, so heißt es, bei Befolgung dieses Ratsschlages würde Nordamerika, das achtzehnmal so groß ist als Deutschland, bis auf den heutigen Tag noch kein Kulturland sein. Nordamerika mit seinem fruchtbaren Boden, seinen reichen Naturschätzen in Vergleich zu stellen mit den afrikanischen Sandwüsten, das ist eine Leistung, die nur dem Gehirn eines Narren oder eines politischen Hochstaplers entflammen kann. —

## Gewerkschaftsbewegung.

Der Kampf in der Berliner Holzindustrie. Die Ausperrung hat bis jetzt noch bei weitem nicht den erwarteten Umfang angenommen. Am Montag sind in 100 Werkstätten, die

schon am Sonnabend ausgesperrt hatten, weitere 680 Arbeiter ausgesperrt worden. 80 Betriebe, die sich am Sonnabend noch nicht an der Aussperrung beteiligt hatten, haben am Montag 390 Arbeiter ausgesperrt. In Weiskensee sind noch 70, in Nixdorf 60, in Charlottenburg 70, in Schöneberg 10, in Neuenhagen 10 Aussperrte hinzugekommen. Es sind also am Sonnabend und Montag in Berlin und der Vororten im ganzen (einschließlich der gestern gemeldeten) 4304 Arbeiter ausgesperrt worden.

Nachdem die Führer der Unternehmer seit Monaten für die Aussperrung agitiert haben und der Kampf auf jener Seite von langer Hand vorbereitet ist, konnte man erwarten, daß die Aussperrung einen größeren Umfang annehmen werde. Doch man kann auch jetzt noch nicht wissen, ob nicht in den nächsten Tagen noch weitere Aussperrungen folgen werden. Montag abends war allerdings der Zeitpunkt, den die Leitung der Unternehmerverbände als den spätesten Termin für die Ausführung des Aussperrungsbeschlusses angelegt hatten. So viel läßt sich aber schon jetzt sagen, daß die Einigkeit der Unternehmer keine vollkommene ist. Manche, die am Sonnabend einige Arbeiter ausgesperrt hatten, haben die Aussperrung am Montag schon wieder zurückgezogen. —

Der Schuhmachere streik in Fongores. Das Schicksal der 8000 Arbeiter, die die maßlose Habgucht der Fabrikanten von Fongores dem Elend preisgibt, lenkt die Augen der ganzen Öffentlichkeit auf sich. Von Bedeutung ist, daß die Kammer den Antrag der sozialistischen Fraktion, für die Opfer des Streiks einen Kredit von 10 000 Frank zu bewilligen, mit Zustimmung der Regierung der Budgetkommission zu dringlicher Erledigung zugewiesen hat. Die Kammer hat auch die Übernahme einer Untersuchung über die Lage der Schuhindustrie beschlossen. Die damit betraute Arbeiterkommission wählte einen Unterausschuß, der sich in der nächsten Woche nach Fongores begeben wird. —

## Letzte Nachrichten.

### Die russische Revolution.

Sd. Petersburg, 16. Januar. Die Polizei fährt fort, Massenverhaftungen und nächtliche Sandfuchungen vorzunehmen, wobei es fast regelmäßig zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Revolutionären und der Polizei kommt. —

\* Simbirsk, 16. Januar. Der frühere Reichsduma-Abgeordnete Madjir ist aus der Wählerliste gestrichen worden. — Auf diese einfache Weise glaubt der Zarismus zu einer oppositionslosen Duma zu kommen. —

\* Petersburg, 16. Januar. Gestern nacht 11 Uhr erfolgte in der städtischen Kreditgesellschaft eine Explosion, durch die das Gebäude in Flammen gesetzt wurde. Es sind Verluste an Menschenleben zu beklagen. Näheres liegt noch nicht vor. —

\* Dresden, 16. Januar. Das amtliche „Dresd. Journ.“ meldet: „Angeichts der Pressfahrungen über eine Änderung des sächsischen Landtagswahlrechts haben wir an maßgebender Stelle Erkundigungen eingezogen und können auf Grund zuverlässiger Informationen feststellen, daß ein Entwurf des neuen Wahlgesetzes für die zweite Kammer der Ständeversammlung in der Tat bereits vorliegt und in seinen wesentlichen Grundlagen auch im Schoße der Regierung Annahme gefunden hat. Der Minister des Innern Dr. Graf v. Hohenthal und Bergen hält an der von ihm wiederholt ausgesprochenen Absicht unbedingt fest, den Entwurf des neuen Wahlgesetzes dem Landtag sobald wie möglich, d. h. sobald bei dessen in Herbst zu erwartenden Zusammenzutreten zur Beschlussfassung vorzulegen.“ — Diese Veröffentlichung ist auf Veranlassung des sächsischen Ministeriums erfolgt, um die „nationalen“ Parteien im Reichstagswahlkampf zu stärken. Da aber über den Inhalt des Entwurfs nichts mitgeteilt werden kann, wird die Notiz die „nationalen“ Parteien nur schwächen. —

\* Wiesbaden, 16. Januar. Das hiesige Zentrumsteil teilt mit, daß der zurzeit in Wiesbaden weilende Intendant v. Hülsen einen Erlaß an die Schauspieler richten wird, worin ihnen aus Herz gelegt wird, Mann für Mann an der Bahnrinne zu erscheinen und ihre Pflicht als Patrioten zu erfüllen. — Doch wohl nur zu — spielen? —

\* Hamburg, 16. Januar. Die Morgenblätter melden, daß hier eine Sammlung für einen nationalen Wahlfonds eingeleitet worden ist, deren Ereignis dem Kampf gegen die Sozialdemokratie zugute kommen soll. Geplant ist die Unternehmung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Die mit einem Aufruf veröffentlichte erste Sammlung ergab 10 000 Mark. — Anstatt des Kolonialdirektors Dernburg, der verhindert ist, wird der Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, v. Lindquist, in der von der Hamburger Handelskammer einuberufenen Versammlung über Kolonialfragen sprechen. —

Sd. Bern, 16. Januar. Der Bundesrat hat die Angelegenheit in betreff des Polizeinspektors für Marokko noch nicht eingehend diskutiert. Er wird, bevor er eine definitive Entscheidung trifft, in Madrid noch nähere Auskunft über verschiedene Punkte sowohl wegen des Polizeinspektors als auch wegen der Aufgaben des Bundesgerichts einholen. Ein Bericht des Justizdepartements liegt noch nicht vor, dagegen hat das Bundesgericht sich schon grundsätzlich geäußert. Der Bundesrat wird über die dem Bundesgericht zugebachten Aufgaben der am 2. April beginnenden Frühjahrssession der Bundesversammlung einen eingehenden Bericht vorlegen. In Sachen des Polizeinspektors ist die Mitwirkung der Bundesversammlung nicht erfolgt. —

Sd. Paris, 16. Januar. Die Bischofskonferenz beschäftigt sich, wie von besonderer hierlicher Seite mitgeteilt wird, mit der Frage, ob es nicht mit der Eucharistie des Papstes vereinbar sei, den Gottesdienst dauernd dem allgemeinen Versammlungswesen anzupassen. Mehrere Redner betonten in der gestrigen Versammlung, daß die Verfügung der Regierung nur die Bedeutung von Uebergangsbestimmungen besitze, sobald werden die Geistlichen die Bedingungen erfüllen, ihnen die Regierung weiterhin das Verfügungsrecht über die Kirchen und ihr Mobiliar nicht mehr beschränken werde. Die Anpassung an das allgemeine Versammlungswesen rechtfertigt sich für die öffentlichen Versammlungen überhaupt abgelehnt werde. Die Versammlung der Bischöfe erwies sich in ihrer großen Mehrheit bereit, auf diese Regelung der Schwierigkeiten einzugehen, jedoch, vom Bischof zunächst auf telegraphischem Wege Instruktionen zu erbitten, um zu verhindern, daß sie desavouiert werden. Die Bischofskonferenz dürfte sich insofern noch mindestens bis Freitag hinstrecken. —

\* Paris, 16. Januar. In einem offiziellen Artikel befaßt sich der „Temps“ den von der deutschen Regierung vertretenen Standpunkt, daß der Sultan von Marokko trotz der Algeriasache, und trotzdem er Souverän eines unabhängigen Landes sei, seine territorialen Verträge nach Gefallen wählen könne. Frankreich werde zwar vorläufig nicht protestieren. Es werde dies aber keineswegs unterlassen, wenn etwa Krupp für seine Privatinteressen aus der Doppelstellung des Kaisers von Tschudi Nutzen ziehe. —



# H. L. Lublin

Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend

## Inventur-Räumungs-Verkauf!

Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend

ca. **25000** Stück **Krawatten**

### Diplomaten

Serie I	neue Muster	Wert bis 50 Pf.	Sonderpreis	Stück	15
Serie II	elegante Muster	Wert bis 65 Pf.	Sonderpreis	Stück	28
Serie III	prima Stoffe	Wert bis 90 Pf.	Sonderpreis	Stück	45

### Regattes

Serie I	neuste Stoffe	Wert bis 70 Pf.	Sonderpreis	Stück	2
Serie II	entzückende Muster	Wert bis 100 Pf.	Sonderpreis	Stück	5
Serie III	Plastrons breite Fassung	Wert bis 150 Pf.	Sonderpreis	Stück	7

**1500 Barchent-Hemden**

Barchent-Herren-Hemden zweiseitig geraucht	Stück	90	Barchent-Frauen-Hemden zweiseitig geraucht	Stück	80	Herren-Trikot-Hosen gefüllt und ungefüllt	Stück	90
Barchent-Herren-Hemden weiß-blau, weiß-rot gestreift	Stück	140	Barchent-Frauen-Hemden weiß-blau, weiß-rot gestreift	Stück	120	Kinder-Trikots rosa, gestreift	Stück	50
Barchent-Herren-Hemden Papier, prima Qualität	Stück	165	Barchent-Frauen-Hemden weiß	Stück	115	Kinder-Trikots Ia. Qualität, rosa, gestreift	Stück	60

1 Posten Velour-Unterröcke 1.25  
Eiderflanell Sonderpreis Stück

1 Posten Damen-Unterröcke 1.25  
Halbtuch, mit Boutage besetzt, Wert 3.50 3.25 1.75 Sonderpreis Stück 2.50 2.25

ca. **1200 Schlafdecken**

Ein Posten Schlafdecken pelzartig geraucht, 120/170	Stück	1.25	Ein Posten Schlafdecken pelzartig geraucht, 140/190	Stück	1.95
Ein Posten Schlafdecken pelzartig geraucht, 130/180	Stück	1.75	Ein Posten Schlafdecken glatt wollene, mit Dorte 140/190	Stück	4.75

## Wollwaren

Ein Posten Kinder-Weberziehjackchen rot, weiß, marine	Stück	75	Ein Posten Waffel-Kopftücher einfarbig und mit bunter Rante	75	Ein Posten Herrenwesten gestreift	2.75 2.25 2.00	1.75
Ein Posten Kinder-Kapotten zum Ausziehen	Wert bis 4.00	1.75 1.50	Ein Posten Kopfschals Wolle und Chenille	70 60 35 30	Ein Posten Herren-Walkjacken nur braun		80
Ein Posten Damen-Kapotten Seide, Fließ, zum Ausziehen	Wert bis 6.00	1.50	Ein Posten Velour-Echarpes Schottenmuster	2.35 1.45 85	Ein Posten gestrickte Fangjacken in braun meliert		1.25
Ein Posten Damen-Kapotten Wolle mit Chenille		50	Ein Posten Tellerhäuten zum Ausziehen		Ein Posten Knaben-Mützen mit Ohrenklappe	60	40

Ein grosser Posten Pelzwaren, Stolas und Muffen 25 Prozent unter Verkaufspreis